

Neuer Vorwärts

Sozialdemokratisches Wochenblatt

Nr. 167 SONNTAG, 23. August 1936

Aus dem Inhalt:
Diplomatie auf dem Rummelplatz
Arbeiterdeportation zur
Rheinlandbefestigung
Aera Stinnes wieder da
Kurswechsel in Polen?

Verlag: Karlsbad, Haus „Graphia“ — Preise und Bezugsbedingungen siehe Beiblatt letzte Seite

Das bolschewistische Gespenst

Nationalsozialistische Propagandahilfe für Franco. — Das wahre Gesicht des Faschismus. — Furcht vor den Folgen des Verbrechens

Das grausame Verbrecherantlitz des Faschismus hat sich der Welt der Ahnungslosen und Leichtgläubigen für einen Augenblick entschleiert: 1500 Menschen in Bajadoz dahingemordet, Frauen und Kinder niedergemetzelt durch die Maschinengewehre der Afrikaner, die der Verbrecher Franco nach Spanien gebracht hat, damit sie dort die europäische Kultur und die Humanität vor dem Bolschewismus retten. Diese bestialische Greuelthat hat selbst den Indifferentesten für einen Augenblick den Atem stocken lassen — nur jenen nicht, denen jeder Mörder und Verbrecher gegen freiheitsliebende Volksmassen willkommen ist, und wenn es eingeborene Afrikaner sind.

Ja, es waren farbige Truppen aus Marakko, die unter Führung eines weißen Kulturträgers aus Spanien das Blutbad von Bajadoz angerichtet haben, und es muß um so kräftiger unterstrichen werden, je schamhafter es die profaschistische Presse aller Länder verbirgt. Es waren deutsche und italienische Flugzeuge, entsandt von den faschistischen Kulturträgern und Friedenspredigern in Europa, die diese Farbigen nach Europa gebracht haben, um den Freiheitswillen des spanischen Volkes niederzuwerfen. Das ist das wahre Gesicht des deutschen und des italienischen Faschismus, deren Werkzeug der Verbrecher Franco ist.

Das ist der Faschismus! Ob er in Konzentrationslagern langsam foltert und mordet, ob er durch seine Terrorjustiz den Mord mit dem Mantel der Legalität behängt, ob er durch farbige Truppen Blutbäder unter weißer Zivilbevölkerung anrichtet läßt — es ist der eine integrale Faschismus, das eine integrale Verbrechen.

Der Präsident der spanischen Republik hat sich beschwörend an das französische Volk gewandt und an seine freiheitliche republikanische Tradition erinnert, die spanische Regierung hat durch den Rundfunk das demokratische und republikanische Europa um Hilfe gebeten. Die westeuropäische Demokratie ist in tiefster und leidenschaftlicher Erschütterung und Empörung, sie ringt mit dem Problem, wie sie ihre Sympathien für den spanischen Freiheitskampf in materielle Hilfe über den Widerstand der Regierungen hinweg umsetzen soll. Was aber ist die Antwort der Faschisten? Die deutschen und die italienischen Faschisten sind für Franco, für die farbigen Truppen, für die Mörder von Bajadoz!

Hier ist die direkte Antwort des Nationalsozialismus auf den Ruf der spanischen Regierung, sie ist gegeben durch den besonderen Soldschreiber des Josef Göbbels, durch den Rudolf Kircher, der die Aufträge des Propagandaministeriums in der »Frankfurter Zeitung« vollzieht:

»Die Vorfrage, die sich dieses blutende Land zu stellen hat, ist die: Was ist die eigentliche Lebensgefahr für Spanien: der Bolschewismus oder die Bewegung, die von General Franco geführt wird? Die Ziele der Bolschewisten sind Moskauer Ziele. Ueber sie ist kein Zweifel möglich. . . Die Ziele des Generals Franco sind weniger genau bekannt. Jedenfalls hängt das Gespenst des Bolschewismus wie eine Klette an jener Volksfrontregierung: die Geister, die sie rief und denen sie Waffen in die Hand gab, wird sie so leicht nicht los werden, — sie mögen sich sogar den Regierungen an die Rockscheibe hängen, die sich zur Hilfeleistung entschließen würden.«

Fortsetzung Seite 2.

Neue Naziwaffen für Franco

»Kraft-durch-Freude«-Dampfer als Transportschiffe

Aus Hamburg wird gemeldet:

Am 6. August sollte der »Kraft-durch-Freude«-Dampfer »Monte Sarmiento« zu seiner »Madeira-Fahrt« den Hamburger Hafen verlassen. Zur Ueberraschung der Fahrtteilnehmer wurde diesen mitgeteilt, daß die Urlaubsfahrt des Dampfers mit Rücksicht auf die Ereignisse in Spanien abgesagt werde. Die »Monte Sarmiento« hat aber am 7. August Hamburg mit Kurs Lissabon verlassen. Offiziell wurde mitgeteilt, daß der Dampfer von der »Deutschen Arbeitsfront« als »Wohnschiff« eingerichtet wurde und dazu bestimmt sei, 2000 deutschen Flüchtlingen aus Spanien Unterkunft zu bieten. Es wurde angekündigt, daß auch die weiteren 4 Urlaubsfahrten des Dampfers ausfallen. In Wirklichkeit wurde das Schiff, wie einwandfrei festgestellt werden konnte, mit 14 Flugzeugen, einer großen Anzahl Fliegerabwehrkanonen neuesten Modells und weiterem Kriegsmaterial beladen. Außerdem befanden sich auf dem angeblichen »Wohnschiff« 250 Zivilisten, zweifelhafte Instruktionsoffiziere, Piloten und sonstige Bedienungsmannschaft.

Was den Dampfer »Usaramo« der »Deutschen Afrika-Liniens« betrifft, über dessen Abfahrt mit 28 Bombenflugzeugen berichtet wurde, so kann nachträglich noch ergänzend berichtet werden: Die »Usaramo« sollte laut Ankündigung der »Deut-

schen Afrika-Liniens« am 18. Juli ihre erste Ferien-Reise nach Madeira antreten. Der Dampfer ist aber erst am 31. Juli aus Hamburg weggefahren, und zwar mit dem Kriegsmaterial und nationalsozialistischen Offizieren an Bord. Die angekündigte »Feriensonderreise« wurde abgesagt. Die Auslandsorganisation der NSDAP, die ihren Sitz in Hamburg hat, hat die Oberleitung dieser Transporte übernommen und einen eigenen Spezialdienst für die Abwicklung der Formalitäten und für die notwendigen Tarnungsmaßnahmen eingerichtet.

Funknachrichten aus Spanien

Der Gewerkschaftsverband in Barcelona teilt mit: Auf Kurzwelle 41,6 Meter werden von nun an zu verschiedenen Tageszeiten letzte Nachrichten in deutsch, englisch, spanisch, französisch, ungarisch etc. vom allgemeinen Gewerkschaftsverband gesendet, um den Albernheiten der rebellischen Sender entgegenzutreten, die von volksfeindlichen Zeitungen des Auslandes zuwellen sogar als ernsthafte Unterlagen für Nachrichten benützt werden.

Henkersknechte der Nazis

Deutsche Antifaschisten ausgeliefert.

Nach der Besetzung der Balearen durch

spanische Regierungstruppen ist bekannt geworden, daß die spanischen faschistischen Rebellen deutsche Antifaschisten an deutsche Kriegsschiffe ausgeliefert haben. Unter den Ausgelieferten befindet sich der frühere Reichsbannerführer von Puttkammer. Die Werkzeuge des Nationalsozialismus in Spanien haben sich zugleich als seine Henkersknechte betätigt.

Demokratischer Beistand

Die erschütternden und mahnenden Worte, die Louis de Broeckere, der Vorsitzende der Sozialistischen Arbeiterinternationale, bei seiner Rückkehr aus Spanien an die europäische Demokratie gerichtet hat, geben die Erschütterung wieder, die die spanischen Ereignisse bei den sozialistischen und demokratischen Parteien des Westens hervorgerufen haben.

Die französische sozialistische Partei tritt energisch für die Unterstützung der spanischen Regierung ein. Im »Populaire« schreibt Jean Longuet:

»Die schimpfliche Komödie der einseitigen Neutralität beginnt alle Grenzen zu überschreiten. . . Die allgemeine Meinung der Regierungsmajorität ist in der Tat, daß man mit der Komödie der einseitigen Neutralität ein Ende machen muß.«

Bracke schreibt im »Populaire«:
»Man muß den Regierungstruppen und der republikanischen Regierung alles geben, was sie braucht, um sich zu halten und zu siegen. Sie brauchen Medikamente, sie brauchen Lebensmittel wie Oel und Zucker, etc. Sie brauchen Waffen. . . Kein Mittel darf vernachlässigt werden, um die Blockade zu brechen, die man vorgibt um Spanien ziehen zu wollen. Was die Regierungen vielleicht nicht dürfen, werden die Völker ohne Zweifel können, direkt oder indirekt. . . In dieser Stunde ist die Front der Freiheit auf der Sierra Guadarrama. Alle auf zur Verteidigung!«

In Paris hat eine europäische Konferenz für die Verteidigung der spanischen Republik, der Demokratie und des Friedens stattgefunden. Es nahmen u. a. daran teil: von England Lord Listowel, Churchill, Little, Wilkinson, von Frankreich Jouhaux, Bracke, Vaillant-Couturier, Prof. Langevin, von Belgien Brouckere, Deloigne, Mertens. Die Konferenz beschloß einstimmig, eine Delegation nach Spanien zu schicken.

Der französische sozialistische Innenminister Salengro sprach am 16. August in Lille. Er gab der Hoffnung Ausdruck, daß die Hunderttausende von Deutschen und Oesterreichern, die früher der roten Fahne zubehören, ihrer Ueberzeugung treu geblieben seien. Dann erklärte er:

»Ein Tag wird kommen, wir sind dessen gewiß, an dem die Völker Deutschlands und Oesterreichs ihre Freiheit wieder zu erobern wissen werden.«

Im weiteren Verlauf seiner Rede wies der französische Innenminister auch auf die Ereignisse in Spanien hin und erklärte folgendes:

»Ich bin mir meiner Verantwortung bewußt und wage meine Worte ab. Als Franzose zuerst, dann aber auch als Mitglied der Regierung der Republik wünsche ich, daß auf der anderen Seite der Pyrenäen recht bald die legale Regierung des befreundeten Landes siegen wird.«

Das Ende der Olympiade

Diplomatie auf dem Rummelplatz

Der große Volksbetrug der Olympiade ist vorbei. Das finanzielle Ergebnis für das braune System wird nie genau bekannt werden. Angesichts der riesenhaften Aufwendungen und im Vergleich mit den deutschen Rüstungskosten muß es mager sein.

Das propagandistische Ergebnis wird den Sommer nicht überdauern. Diese Spiele mit der nationalistisch aufgepeitschten Rekordsucht, mit ihren Peinlichkeiten und Streitereien sind eine zweifelhafte Propaganda. Der barbarische Prunk des braunen Systems, die Gartenfeste der Göbbels und Göring, bei denen die Herren Diplomaten sich in Schützenbuden amüsieren und Karussell fahren durften, sind keine weltpolitischen Realitäten. Sie beweisen nur den Drang der Parvenüs zu den Bräuchen der »meinen Leute«, sie riechen verdächtig nach der Parole: nach uns die Sintflut.

Die Sintflut ist näher gerückt. Während des olympischen Rummels ist fieberhaft diplomatisch gearbeitet worden — von unverantwortlichen Berufsdiplomaten und Regierungen, die der parlamentarischen Kontrolle bis zum Herbst ledig sind. Es sind die alten und neuen Vasallen in politischen Besprechungen mit Instruktionen versehen worden. Es sind Besprechungen mit den Italienern geführt worden, deren Inhalt unbekannt ist. Daß ein genaues Zusammenspiel vorliegt, beweisen die spanischen Dinge. Es sind wichtige Besprechungen mit dem Engländer Sir Robert Vensittard gepflogen worden, dessen Daueraufenthalt in Berlin diplomatisch einzigartig ist. Daß dabei auch ausgerechnet Henlein unter die Fittiche des Engländers genommen worden ist, beweist, wie weit der Rahmen dieser Besprechungen gezogen war.

Es ist an sich eine Mißachtung der Völker, wenn Beratungen über ihre Geschicke, die vor ihnen geheim gehalten werden, auf dem Rummelplatz geführt werden. Es liegt darin ein Stück Autokratie und faschistischer Volksverachtung, für die das Volk nur zu propagandistischer Staffage und als Material für den Militarismus da ist. Wenn dies die Vorbereitung auf die kommende große »Friedenskonferenz« ist, dann kann nur Unheil erwartet werden.

Während des großen Rummels haben sich die Perspektiven unheilrohend verdüstert. Wenn die Berauschten sich umsehen werden, so werden sie erkennen, daß die Welt sich inzwischen noch weiter zum Schlechteren verändert hat.

Diplomaten auf dem Karussell

Aus einem Bericht über ein Gartenfest bei Göring mit Königen, Kronprinzen, Ministern und Diplomaten.

»Nach den tänzerischen Darbietungen kündigten Herolde eine neue Ueberraschung an: ein im Garten aufgebauter Miniaturjahrmärkt, der bis dahin durch einen Vorhang allen Nachforschungen verborgen geblieben war. In einer Ecke des Gartens war eine Art kleiner Schützenplatz eingerichtet, in dem typische deutsche Landschaftsbilder, so eine Schwarzwaldmühle, ein Rheindampfer mit dem Drachenfels usw. hervorgezaubert waren, während die helfenden Kräfte die dazu passenden altdeutschen Trachten trugen. Da gab es für die Damen Ball- und Ringwerfen, für die Herren eine Schießbude, ein Karussell, das die namhaftesten Gäste nicht weniger als alle anderen benutzten.«
(»Frankfurter Zeitung« vom 15. August.)

Das bolschewistische Gespenst

(Fortsetzung von Seite 1.)

Da ist es, das A und O des Faschismus, das Gespenst des Bolschewismus, das uralte Rezept aller gegenrevolutionären Putschisten und faschistischen Verbrecher, das immer wieder angewandt wird, um die Spießbürger aller Länder zu schrecken und in die Verbrecherfront zu bringen! Das war das Rezept der Vorgänger des Nationalsozialismus in Deutschland, der Leute von der Orogesch, der Organisation OC, den Freikorps, der antibolschewistische Liga: man organisierte durch Lockspitzel einen Streik in einem Großbetrieb oder eine Fabrikbesetzung, um dann mit dem Rufe: »Nieder mit dem Bolschewismus!« die gegenrevolutionäre Diktatur zu errichten. So haben die Göring und Göbbels den Reichstagsbrand gemacht, um mit Hilfe eines nicht vorhandenen kommunistischen Aufstandsversuch die Zustimmung Hindenburgs und aller Spießbürger für die Verbrechen und Morde des braunen Terrors zu gewinnen. So haben sie gegen den gesamten deutschen Antifaschismus gekämpft mit dem Schlachtruf: Nach uns kommt der Bolschewismus!

Der Bolschewismus: das heißt die Rache des Volkes, das Gericht der kämpfenden Demokratie, die ihre Angreifer zu Boden schlägt und Vorsorge trifft, daß sie sich nicht wieder erheben können. Das, was die faschistischen Verbrecher fürchten, und was sie heraufbeschworen haben, das hat nichts zu tun mit den grundsätzlichen Unterschieden zwischen dem freiheitlichen Sozialismus und dem System des sowjet-russischen Kommunismus! Es ist das nie zu unterdrückende Freiheitsstreben der Volksmassen, es ist der Wille der Besitzlosen, sich zu befreien von politischer und sozialer Sklaverei, es ist das Selbstbestimmungsrecht der Volksmassen, das sie fürchten, in welcher Form auch immer es sich ausprägen mag.

Das ist die Interessensolidarität, die den deutschen Nationalsozialismus mit den spanischen faschistischen Verbrecher verbindet, den Göbbels und den Kirchner mit dem Franco und den Mördern von Bajadoz. Das ist die Logik der Angreifer und Putschisten, die die ganze Welt vollschreien: »Um Gottes willen, rettet uns und rettet euch vor den Folgen unseres Verbrechens!« Das ist die Logik und Moral, die die Geschicke der Völker und der Menschheit in die Hände von Verbrechern gibt, die gewissenlos genug sind, einen Bürgerkrieg vom Zaune zu brechen, die Logik, die in den Satz einmündet: die ganze Welt muß faschistisch werden; denn der Faschismus allein schützt gegen die Folgen des faschistischen Weltputches! Und so schiebt der Francofreund Kirchner, zu feige, offen zu sagen: »Ich bin für Franco« — die Engländer vor:

„Selbst wenn ein rein faschistisches Regime in Spanien das Endergebnis wäre, — die Engländer würden es wohl lieber sehen als eine Periode eines spanischen Bolschewismus samt den möglichen Rückwirkungen auf Frankreich.“

Wir halten uns nicht erst auf bei der haarsträubenden Grobheit dieser Propaganda, die mit der Bolschewistenhetze über die Machtinteressen Englands im Mittelmeer hinweggleitet, wir halten nur fest, wie der deutsche Nationalsozialismus seinen Spießgesellen Franco damit zu Hilfe eilt.

Sie haben es nicht so vorausgesehen, die verbrecherischen Offiziere in Spanien und ihre Auftraggeber in Deutschland und Italien, daß sich die spanische demokratische Regierung kämpfend gegen sie behaupten würde! Ja, es ist wahr, daß der Sieg über die Rebellen das Gesicht Spaniens, vielleicht das Gesicht Europas verändern wird! Es ist wahr, daß der Sieg dem europäischen Faschismus das Gesetz des Handelns entreißen würde!

Es ist wahr, daß in den Reihen der Regierungsanhänger in Spanien Sozialisten und Kommunisten, Syndikalisten und Anarchisten kämpfen. Es ist wahr, daß die kämpfenden Milizen in Katalonien eine Agrarrevolution eingeleitet haben. Es ist wahr, daß die Milizen nicht gesonnen sein werden, die siegreichen Waffen zweifelhaften Generalen wieder auszuliefern. Es ist wahr, daß nach ihrem Siege die spanische Regierung vor den großen Fragen der Wiederaufrichtung einer Rechtsordnung und der Neuorganisation des Machtbesitzes stehen wird, die im Gefolge jedes Bürgerkrieges auftreten. Und es ist nicht minder wahr, daß das Ausmaß des faschistischen Verbrechens bestimmend sein wird für die Lösung dieser Fragen, für die

Neutralität und Intervention

»Die schimpfliche Komödie der einseitigen Neutralität«

Am 30. Juli ist die Unterstützung der spanischen Rebellen durch die italienische faschistische Regierung weitkundig geworden, so daß selbst die Diplomatie nicht daran vorbeigehen konnte. Die drei italienischen Flugzeuge, die in Französisch-Marokko notlanden mußten, waren italienische Militärflugzeuge, die von Sardinien kamen. Am andern Tage schlug die französische Regierung eine allgemeine Nichteinmischungskonvention vor, und hat sich selbst strikt daran gehalten. Bis zur Stunde, in der wir dies schreiben, ist eine solche Konvention durch faule deutsche und noch faulere italienische Verschleppungsmanöver vereitelt worden.

Was aber ist seither geschehen? Deutschland und Italien haben Flugzeuge, Waffen, Material, Offiziere für die Rebellen geliefert. Wir zitieren zwei Berichte. Nach einer Meldung der United Press verfügen die Rebellen in Sevilla über etwa 100 Flugzeuge, darunter Flugzeuge vom Typ Junkers, Heinkel, Caproni und Savoia. Deutsche und italienische Piloten gehören den Rebellenstruppen an. Daily Telegraph (Sir Percival Phillips) spezifiziert die in Sevilla befindlichen Flugzeuge als 20 Junkers-Transportflugzeuge, 5 deutsche Jagdflugzeuge, deren Hakenkreuz nichtdürftig übermalt ist, 17 schwere Caproni-Bomber. Er gibt an, daß sich 60 deutsche und 12 italienische Flieger in der Stadt aufhalten, ferner, daß ein deutscher Instruktionsoffizier spanische Rebellen an modernsten deutschen Luftabwehrgeschützen einübt.

Strenge gegen die Verbrecher wie für die Sicherung der Demokratie.

Sie erblicken jetzt wider ihr Erwarten das Gesicht der kämpfenden Demokratie — und sie nennen es: das bolschewistische Gespenst. Sie fürchten es, weil sie die Beispielswirkung des spanischen Kampfes, den sie entfesselt haben, auf ihre eigenen Länder fürchten. Es ist die Furcht der Verbrecher vor gerechter Vergeltung. Das »Gespenst des Bolschewismus« soll das Verbrechen des Angriffs, der Entfesselung des Bürgerkriegs, soll die Schande des Bürgerkriegs mit farbigen Truppen, das Blutbad von Bajadoz und die Bestialität der Rebellenoffiziere verdecken.

Sie werden der Vergeltung nicht entgehen! Selbst für den unwahrscheinlichen Fall, daß der deutsche und italienische Faschismus durch die direkte Unterstützung Francos den spanischen Freiheitskampf erwürgen würden, wird die Beispielswirkung dieser Verteidigung, wird die tiefe politische und moralische Erschütterung weiterwirken, die Spanien in der europäischen Demokratie hervorgerufen hat.

Bernstein oder Strasser?

Unter dieser Überschrift hat es kürzlich eine Polemik gegeben, die wir um ihrer grundsätzlichen Bedeutung willen wiedergeben wollen.

Das »Prager Tagblatt« vom 5. August veröffentlichte folgende Zuschrift des Gen. Dr. Paul Hertz:

Fritz Jellinek sagt in seinem Artikel »Bauplatz für ein viertes Reich«:

»Im wesentlichen geht Strasser reformistische und revisionistische Wege, wie sie innerhalb der Sozialdemokratie Deutschlands vor dem Weltkrieg von Eduard Bernstein beschritten worden waren.« Als deutscher Sozialdemokrat, der zwar politisch nicht immer mit Eduard Bernstein übereingestimmt hat, ihn aber als bedeutenden wissenschaftlichen und praktischen Vorkämpfer des marxistischen Sozialismus hochschätzte und ihm persönlich nahestand, empfinde ich das Bedürfnis, diesen Irrtum zu berichtigen.

Strassers »Sozialismus« ist bestenfalls Bodenreform, gemischt mit autoritärer Sozialpolitik, ohne demokratische Mitbestimmung des Volkes in Politik und Wirtschaft. Bernsteins »Revisionismus« enthielt nach seiner eigenen Interpretation nie eine Abkehr vom wissenschaftlichen Marxismus: daß die Geschichte eine Geschichte von Klassenkämpfen ist und daß nur durch die Ueberführung aller Produktionsmittel in das Eigentum der Gesellschaft der Kapitalismus überwunden wird und der Sozialismus beginnt.

Besonders wichtig aber erscheint mir die

Die Transporte sind inzwischen weitergegangen. Wie die gesamte englische Presse einmütig feststellt, konnte die deutsche Regierung nicht dementieren, daß ein weiterer Transport von 24 Flugzeugen für Franco abgegangen sei.

Vier englische Flugzeuge sind in Burgos, dem nördlichen Hauptquartier der Rebellen, eingetroffen. Zwei englische Flugzeuge, die für die Regierungstruppen bestimmt waren, mußten von Frankreich nach England zurückkehren.

Schiffe mit italienischer Munition haben die Blockade der Regierungsschiffe zu durchbrechen versucht.

Die internationale Tangarkommission hat die spanischen Regierungsschiffe aus Tangar verwiesen; sie hat dagegen die Pässe der Francoanhänger, und damit Franco offiziell anerkannt.

Seit dem französischen Neutralitätsvorschlag sind demnach die Rebellen unterstützt worden, die Regierung nicht. In diesen Wochen ist eine einseitige Blockade gegen die spanische Regierung geübt worden. Die Verschleppung des französischen Vorschlags ist praktisch eine Prämie für die faschistischen Angreifer, eine Sanktion gegen die Angegriffenen, oder — wie es der »Manchester Guardian« bündig feststellt: »Neutralität bedeutet Intervention zugunsten der Rebellen.«

Diese Sachlage ist nur erklärlich aus der gesamten europäischen Lage heraus. Sie ist eine Folge der Agonie des Völkerbundes. Sie hat die flammende Entrüstung

Feststellung, daß Eduard Bernsteins höchstes Ziel der Kampf um die demokratische Mitbestimmung des Volkes, insbesondere um die Gleichberechtigung der Arbeiterklasse war, ein Gedankengang, der Otto Strassers Auffassung entgegen gesetzt ist.

In Nr. 29 der »Deutschen Revolution« antwortete Dr. Otto Strasser:

Herr Dr. Paul Hertz hatte die Lebenswürdigkeit, in einer kurzen Bemerkung auf die Ausführungen des Herrn Jellinek über mein Buch »Aufbau des Deutschen Sozialismus« darauf hinzuweisen, daß zwischen dem Willen Eduard Bernsteins und meiner politischen Zielsetzung keinerlei Identität bestünde. Herr Dr. Hertz hat hier Herrn Jellinek ganz falsch verstanden, der solch eine Behauptung gar nie aufgestellt hatte.

Ein ähnliches Miß- oder Unverständnis unterließ Herrn Dr. Hertz hinsichtlich meiner Stellung zu Sozialismus, Demokratie und Arbeiterschaft. Wer natürlich aus Grundsatz oder Denkgewohnheit Sozialismus mit Marxismus, Demokratie mit Parteienherrschaft und Arbeiterschaft mit Klasse identifiziert, der mag zu solchem Trugschluß kommen — nur darf er sich dann nicht wundern, wenn die Entwicklung über ihn so hinwegschreitet, wie über Dr. Hertz und die deutsche Sozialdemokratie.

Wer aber in die Zukunft und an ihr mitbauen will, wird gut tun, von solch verkappten Methoden des Denkens und Handelns abzulassen.

Wir wollen uns dazu mit folgenden Feststellungen begnügen:

1. Es scheint uns, als ob das alte Wort: »Werschimpf hat Unrechte« von Dr. Strasser neu bestätigt worden ist.

2. Hertz hat Jellinek keineswegs mißverstanden. Er hat seinen Satz über Bernstein und Strasser wörtlich zitiert.

3. Was Strasser über seine Stellung zu Sozialismus, Demokratie und Arbeiterschaft sagt, bestätigt in vollem Umfang die in der Zuschrift von Hertz enthaltene Verwahrung gegen die mißbräuchliche Verwendung der Autorität des verdienten Vorkämpfers der Sozialdemokratie, Eduard Bernstein, für Ziele, die er sein ganzes Leben hindurch bekämpft hat.

Ein gelehriger Schüler

Der griechische Diktator Metaxas ahmt das Dritte Reich nach. Er hat eine »Arbeitsfront« verordnet, und bereits den Bau eines Verwaltungspalastes dafür befohlen. Er hat einen Propagandaminister eingesetzt, der jetzt die Gleichschaltung der Presse betreibt. Es wird gar nicht von ihm gelehrt, daß das Dritte Reich als Modell dient.

aller Anhänger des Völkerbundes hervorgehoben, die den Regierungen laut vorwerfen, daß sie die Existenz des Völkerbundes völlig vergessen haben, daß das Prinzip der Neutralität unvereinbar sei mit der Idee des Völkerbundes, der nur Angreifer und Angegriffene, aber keine Neutralen kenne. So hat das in Genf erscheinende »Journal des Nations«, das die Völkerbundsdeklaration mit kämpferischer Orthodoxie vertritt, in Nr. 1505 die folgenden Angriffe gegen die Bürokratie des französischen Außenministeriums gerichtet:

»Die französische Regierung hält trotz der entgegenstehenden Ansicht von Léon Blum, von Jean Zay, von Max Dormoy, von Pierre Cot und vielleicht Eduard Daladier an folgendem fest:

1. den Völkerbund bei allen Angelegenheiten auszuschalten, die für die Aufrechterhaltung des Friedens wesentlich sind;
2. den Glauben an die Aufrichtigkeit der diplomatischen Versicherungen von Berlin und Rom einzugehen — trotz ihrem Wissen, daß das Gegenteil wahr ist;
3. systematisch die kriegerischen Vorbereitungen der zwei Regierungen zu ignorieren, die den spanischen Rebellen materiell beträchtlich helfen;
4. sich durch einen Feldzug der angeblich »großen Presse« zugunsten der französischen Neutralität beeinflussen zu lassen.«

Diese Politik der Neutralität führt geradenwegs in jene Anarchie des internationalen Rechts, auf die der Faschismus hinarbeitet. Neutralität hier und Hilfe für die Rebellen dort, das ist, wie das »Journal de Moscou« feststellt: »die Lokalisierung des Konflikts nach den Perspektiven Hitlers.«

In einer Rundfunkrede hat er das ganze geistige Requisit seiner Diktatur heruntergeholt: Giovanezza — es lebe die Jugend; fremde, westliche Theorien haben das Volk vergiftet; das Heil liegt in der Reinhaltung der hellenischen Rasse; Griechenland — erwache!

Die Vasallen brauchen sich nicht in geistige Unkosten zu stürzen. Ob Franco, Zenkoff oder Metaxas — sie erhalten die Ideologie von den Suzerainen mitgeliefert.

Der unzufriedene SA-Führer

In Romotten, Oberschlesien, werden augenblicklich »50 reichsdeutsche Jugendführer aus 13 Ländern« für den Atulandsgebrauch der NSDAP abgerichtet. Diesen Scholaren hielt Obergruppenführer Schöne eine der üblichen Heilsreden, in der allerdings ein sehr unüblicher Passus mit unterließ. Wir zitieren den offiziellen Bericht:

»Mit dem Siege ist die Aufgabe der SA nicht beendet. Der Aufbau des Dritten Reiches, meine jungen Kameraden, ist heute bis zu den Kellern fertig. Die SA ist notwendig, daß das ganze Haus in Schönheit erstehe.«

Bis zu den Kellern fertig — bis zu den Folterkellern nämlich. Der versprochene »sozialistische Aufbau« fehlt noch, und diese Tatsache wird jetzt von auffallend vielen SA-Führern in auffallend vielen Reden betont. Ähnliche Betrachtungen über die Unvollkommenheit des neuen Staates und über die Notwendigkeit der SA hörte man schon früher — vor dem 30. Juni 1934.

Kriegsrecht in Nürnberg

Für den zu erwartenden Parteitag ist in Nürnberg eine »ortspolizeiliche Vorschrift« erlassen worden, deren erste Paragraphen also lauten:

§ 1: Quartiergeber aller Art, und zwar gewerbmäßige wie gelegentliche Quartiergeber und private Gastgeber dürfen nach dem 7. September 1936, 12 Uhr, bis einschließlich 16. September 1936 nur solche Personen beherbergen, die ihnen von der Organisationsleitung der Reichsparteitage zur Unterkunft zugewiesen sind. Das gilt für entgeltliche wie für unentgeltliche Beherbergung und auch dann, wenn die Unterbringung schon vor dem 7. September vereinbart worden ist.

§ 2: Die Bestimmung des § 1 gilt nicht für die Aufnahme von nächsten Verwandten...

Solange die braune Theaterwoche tobt, darf also kein Freund beim Freunde weilen — äußerstenfalls kann die Aufnahme der Schwiegermutter bewilligt werden. Längst gemeldeten und gut bezahlenden Sommergästen ist schleunigst abzuschreiben. Das übertrifft selbst die Einquartierungsvorschriften des vorigen Krieges.

Erfolge des nordischen Sozialismus

Wahlvorbereitungen in den nordischen Ländern

In den nächsten Monaten stehen in den skandinavischen Ländern Dänemark, Schweden und Norwegen Wahlen bevor, denen man nach dem günstigen Ausgang der Wahlen in Finnland mit besonderem Interesse entgegen sieht.

In Dänemark kommt der Wahlkampf für die Teilwahlen zum Oberhaus, die im September stattfinden, in Gang. Die Stellung der Regierung scheint eher noch günstiger als bei den so erfolgreichen Parlamentswahlen im Oktober des vorigen Jahres. Die Zahl der Arbeitslosen ist niedriger als je seit den letzten fünf Jahren. Die Bauernpartei ist gespalten und bereitet sich auf einen Führungswechsel vor, ohne recht zu wissen, wer den gegenwärtigen Parteiführer, Dr. Krag, ersetzen soll. Die Konservativen haben sich noch nicht von dem Schlag der Oktoberwahlen erholt, bei denen sie einen Erfolg erhofft hatten. Sie versuchen, den alten Popanz der konservativen Politik, die Landesverteidigung, wieder aufzurufen: eine Frage, die mit den gegenwärtigen Wahlen nichts zu tun hat, von der sie jedoch hoffen, daß sie ihnen einige Wähler zutreiben wird. Die Regierung hat mitteln lassen, daß die ganze Frage des Verteidigungsministeriums geprüft wird, hat sich aber geweigert, den wiederholten konservativen Forderungen nach einer öffentlichen Erklärung zu entsprechen, so lange diese Vorarbeiten nicht abgeschlossen sind.

In Schweden herrscht allgemein die Auffassung, daß sich die Sozialdemokratie durch ihren Rücktritt von der Regierung in der Form, in der er erfolgt ist, eine günstige Stellung für die Parlamentswahlen im September geschaffen hat. Jedenfalls besteht kaum ein Zweifel über das Abschneiden der Sozialdemokratie im Vergleich zu den bürgerlichen Parteien einschließlich der Bauernpartei, die gegenwärtig die Regierung führt. Nicht ganz so sicher ist man hinsichtlich des Zurückdrängens der beiden kommunistischen Parteien, der schwedischen Sektion der Kommunistischen Internationale und der sogenannten »Sozialistischen Partei« (unabhängige Kommunisten).

Die Sozialdemokratische Partei gibt für den Wahlkampf eine Reihe von Schriften heraus, von denen jede von einem anerkannten Fachmann verfaßt ist. Die erste stammt von dem gewesenen Ministerpräsidenten und Führer der sozialdemokratischen Partei, Per Albin Hansson, und gibt Antwort auf die Frage: »Warum sind wir aus der Regierung geschieden?« In der zweiten untersucht der gewesene Minister für soziale Verwaltung und Parteisekretär Gustav Möller die Leistung der Regierung in ihrem vierjährigen Kampf gegen die Arbeitslosigkeit; nachdem er den außerordentlichen Erfolg auf diesem Gebiete belegt hat, untersucht er im Schlußkapitel, »Was noch zu tun ist«. Die dritte Schrift, »Gerechte Steuern«, ist eine Darstellung der schwedischen Steuersysteme durch den früheren Finanzminister Ernst Wigforss. Endlich beschäftigt sich eine vierte Schrift von Gunnar Lundberg mit der Frage der »Wahren Einheitsfront«. Sie gibt eine Darstellung der kommunistischen Opposition gegen die sozialdemokratische Regierung, ihrer Politik des »systematischen Hin und Her« und kommt zu dem Schlusse: »Für uns gibt es nur eine Einheitsfront: das ist die Sozialdemokratie; das ist genug.«

Im ganzen hat die schwedische Wirtschaft im Sommer 1936 rund 180.000 Menschen mehr beschäftigt als im Sommer 1933; von diesen sind ungefähr 110.000 wiedererstellte Arbeitslose und 70.000 Neubeschäftigte der nachrückenden Generationen.

Auch Norwegen steht vor allgemeinen Wahlen — zum ersten Male unter Führung einer Arbeiterregierung.

Der erste Abschnitt eines umfangreichen Programms sozialer Reformen ist soeben verwirklicht worden, als am 13. Juli das Gesetz über die Altersversicherung Annahme fand, »das größte Werk sozialer Reform in der politischen Geschichte Norwegens seit vielen Jahren«, wie das Gesetz vom »Arbeiterblatte« bezeichnet wurde. Ein Entwurf über staatliche Krankenversicherung und staatliche Arbeitslosenversicherung soll während der Herbstmonate fertiggestellt werden. Eine umfassende Schulreform, die insbesondere die Landschulen fördert, wurde in dieser Parlamentstagung angenommen. Ein neues Fabrikgesetz hat den Arbeiterschutz wesentlich verbessert. Ihre Hauptkraft hat die Regierung jedoch auf die Bekämpfung der Krise verwendet. Diese Poli-

Blutiger Naziterror in Danzig

Ein früherer nationalsozialistischer Rechtsanwalt wurde Opfer eines nationalsozialistischen Terroraktes

Aus Danzig erfahren wir: Rechtsanwalt und Notar Monath, einer der angesehensten Männer im Freistaat Danzig, wurde im Seebad Steegen ohne jede Veranlassung von vier Nationalsozialisten überfallen, niedergeschlagen und schwer verletzt. Nur der Umstand, daß der Sohn des Ueberfallenen glaubte, die Täter zu erkennen, und sie ansprach, veranlaßte die Terroristen, von ihrem Opfer abzulassen und in den Strandwald zu flüchten. Monath liegt schwer krank danieder.

Der Rechtsanwalt war mit seiner Frau und seinem Sohn in einem Kraftwagen nach Steegen gefahren, um sich am Strand der Ostsee zu erholen. Anschließend suchte man das Strandrestaurant auf, um einige Erfrischungen zu sich zu nehmen. Dort wurde die Familie bereits von einem unbekanntem Mann fortgesetzt beobachtet. Als dann, die Familie zu ihrem Kraftwagen ging, um die Heimfahrt anzutreten, trat der Mann, der im Restaurant die Familie Monath beobachtet hatte, an vier Kerle heran, die sich in der Nähe des Kraftwagens anhielten. Wenige Minuten später kamen die vier Männer auf Monath zu und schlugen mit Knütteln in barbarischer Weise auf ihn ein. Monath wurde dabei schwer verletzt. Als dann der Sohn des Ueberfallenen rief: »Sie kenne ich ja! Sie sind von der Leitung der NSDAP!« Heben die Wegelagerer von ihrem Opfer ab und flüchteten, da sie nicht erkannt werden wollten.

Rechtsanwalt und Notar Monath war in früheren Jahren Mitglied der NSDAP, sagte sich aber von ihr los, weil ihn die Terrorakte und die Korruptionsaffären der Nationalsozialisten abstießen, worauf er die Gemeinschaft mit seinen früheren Parteifreunden löste. Seit dieser Zeit wird er von den Nationalsozialisten mit einem abgrundtiefen Haß verfolgt. Insbesondere von dem Kreisleiter der NSDAP, im Großen Werder, Andres, der zugleich hoher Regierungsbeamter ist, denn er ist Landrat des Kreises Gr. Werder. Auch bei diesem Ueberfall scheint Andres, wie bei schon so manchen, seine Hände im Spiel gehabt zu haben, denn der Kraftwagen des Rechtsanwaltes Monath war auf der Fahrt nach Steegen von dem Auto des Landrats Kreisleiters Andres überholt worden.

Umsonst unterworfen

Das Danziger Zentrumsorgan, die »Danziger Volkszeitung«, hatte sich ihre

Ausnahme vom Verbot der Oppositionspresse damit erkaufte, daß sie eine Erklärung abgab, nach der sie sich mit innerpolitischen Angelegenheiten nicht mehr beschäftigen werde. Diese freiwillige Unterwerfung hat nichts genützt.

Das Blatt hat Äußerungen eines Dominikanerpaters aus dem Jahre 1872 wiedergegeben, in denen behauptet wurde, daß im Kulturkampf die öffentliche Meinung gegen die katholische Kirche ungünstig beeinflusst worden sei und knüpfte daran die Frage, ob diese Ausführungen nicht auch in vielen auf die heutige Zeit angewandt werden könnten.

Der Danziger Polizeipräsident nennt diesen Aufsatz eine »hinterhältige und verwerfliche Verleumdung der Danziger und der deutschen Regierung«, der geeignet sei, die guten und lebenswichtigen Beziehungen der Freien Stadt Danzig zum Dritten Reich zu beeinträchtigen. Mit dieser zynischen Lüge wird ein Dauerverbot der »Danziger Volkszeitung« auf sechs Monate begründet.

Es war von vornherein klar, daß die Danziger Diktatur die gesamte Oppositionspresse einfach unterdrücken wollte, um die Danziger Verfassung der deutschen Despotie gleichzuschalten. Immerhin hat es noch Leute gegeben, die aus politischer Opportunität die einfachen Tatsachen nicht sehen wollten. Der Fall »Danziger Volkszeitung« sollte ihnen die Augen öffnen!

Hohn auf den Völkerbund

Nach der langen Nase die Ohrfeige.

Die deutschnationale »Danziger Nationale Zeitung« hat gegen das fünfmonatige Verbot Beschwerde beim Pressegericht eingelegt. Das Pressegericht hat das Verbot verworfen. Nach der Meinung des Gerichts hätte schon der in der beschlagnahmten Ausgabe des Blattes vom 7. Juli enthaltene Satz:

»Wir wissen aus einer fünfzehnjährigen Erfahrung heraus, daß der Völkerbund der wesentliche Garant für die Deutsch-erhaltung Danzig war und ist« ein mehrmonatiges Verbot der Zeitung gerechtfertigt.

Dieser Satz widerspreche nicht nur den Anschauungen des größten Teils der Danziger Bevölkerung, sondern sogar denjenigen von Anhängern der Parteien, die die »Danziger Nationale Zeitung« selbst bekämpfen.

gutheißen, und ich will alles, was in meinen Kräften steht, tun, um die anderen zu überreden, daß sie ebenso handeln.«

In seinem Brief an Hitler sagt Canon Sheppard: »Ich ersuche Sie respektvoll um die Erlaubnis, in Deutschland in freien öffentlichen Versammlungen sprechen zu dürfen, in welchen ich versuchen will, dem deutschen Volk dasselbe zu sagen, was von der Friedensunion, deren Vorstand ich bin, in England gesagt worden ist. Eine andere Bitte, die ich stellen muß, ist, daß diejenigen, die in Deutschland an solchen Versammlungen teilnehmen, — vorausgesetzt, daß sie erlaubt werden — wegen ihrer Anwesenheit nicht bestraft werden sollen.«

»Sonderbarer Schwärmer«, sagte Philipp II., als Marquis Posa von ihm Gedankenfreiheit verlangte. Was wird Hitler antworten?

Nicht flüstern

Drei Kölner Arbeiter wurden fristlos entlassen, weil sie »unwahre Behauptungen über den Betriebsführer verbreitet und den Betriebsappell vorzeitig verlassen hätten«. Das angerufene Arbeitsgericht gab der Entlassung statt, und die Begründung hebt folgenden schwerwiegenden Umstand hervor:

»Es steht fest, daß die Kläger häufig Zusammenkünfte abhielten, wobei sie sich leise unterhielten, ihr Gespräch aber sofort abbrachen, wenn Zeugen erschienen.«

»Wo zwei beisammen stehn, da soll man auseinander gehn.« heißt ein Verschen aus dem deutschen Vormärz.

Ein schöner Traum. Im »Westen«, Berlin, (Nr. 217) jubelt ein deutscher Journalist: »Und auch deswegen könnte von mir aus immer Olympia in Berlin sein: Man wird überall so nett behandelt. Jeder sagt sich, wer weiß, ob das nicht ein Fremder ist. Wenn man sich gar den Anschein gibt, ein Ausländer zu sein, und etwas gebrochen spricht, sind die Leute reinweg hinreißend.« Des Volksgenossen Lieblingswunsch: kein Volksgenosse zu sein.

Das Blatt schäme sich nicht, den Völkerbund zum Garanten für die Erhaltung des Deutschtums zu erklären, denselben Völkerbund, der dem deutschen Volk bisher jede Gleichberechtigung und Gerechtigkeit versagt habe.

Eine derartige Kampfweise, die das Staatsinteresse völlig außer Acht lasse und nur darauf bedacht sei, der Regierung Schwierigkeiten zu bereiten, müsse als verwerflich und undeutsch bezeichnet werden.

Diese Begründung des Gerichts läßt an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig. Danzigs Senatspräsident und seine Richterkreure haben dem Völkerbund offen den Krieg erklärt.

Kurswechsel in der polnischen Außenpolitik?

Gamelin Mission in Warschau.

Man schreibt uns aus Polen:

Man hofft in Polen, daß die Aussprachen zwischen dem französischen Generalstabschef Gamelin und dem polnischen Armeeführer Rydz-Smigly einen Kurswechsel der polnischen Außenpolitik nach sich ziehen werden. Zu dieser Erwartung trägt nicht zuletzt die Politik Hitlers in Danzig bei, von der in polnischen Militärkreisen angenommen wird, daß sie als Stützpunkt der Reichswehr ausgebaut wird. Es hat sich gerade bei den Verhandlungen des Obersten Becke mit Deutschland im Streitfall des Völkerbunds-Kommissars ergeben, daß die polnische Außenpolitik die Gefangene Hitlers ist. Die einseitige Bindung Polens an Berlin hat Warschau nicht nur die Freundschaft Frankreichs gekostet, sondern auch international als unsicherer Partner hingestellt. Es ist nicht unbekannt, daß man zu Pilsudskis Lebzeiten die Pariser Freunde abgestoßen hat, obgleich selbst innerhalb der regierenden Oberstengruppe die Meinungen über die deutsche »Freundschaft« sehr geteilt waren. Zu der Gruppe, die die gegenwärtige Bindung an Deutschland durch Oberst Becke ablehnen, gehört auch der Armeeführer Rydz-Smigly, wenn er auch nur vorsichtig tastend einen neuen Kurs vorbereitet. Zu diesem Zweck ist schon bei den vorigen französischen Manövern ein polnischer General abkommandiert worden, der schließlich den jetzigen Besuch des französischen Generalstabschefs Gamelin vorbereitet hat und dem nunmehr ein polnischer Besuch in Frankreich durch den Oberkommandierenden der polnischen Armee, General Rydz-Smigly, folgen wird.

Man erwartet auch, daß ein außenpolitischer Kurswechsel auch innenpolitische Änderungen in Polen nach sich ziehen werde. Diese bereiten sich im Lande teils durch die Massenaufmärsche der polnischen Bauern vor, teils in einer Linksorientierung gewisser Kreise des polnischen Regierungslagers, das Anschluß an die Volksmassen sucht und mit Vorschlägen zur Abänderung des bisherigen Wahlgesetzes kommt, also Neuwahlen auf breiterer Grundlage verspricht.

Wie die reichsdeutsche Presse, so ist auch ein Teil der polnischen Regierungspresse bemüht, die Bedeutung des Besuchs Gamelin abzuschwächen und darzulegen, daß eigentlich alle Erwartungen auf einen Kurswechsel der polnischen Außenpolitik übertrieben sind, da ja das polnisch-französische Militärbündnis stets in Geltung war und daß man sich in Frankreich mit der Anlehnung Warschaus an Berlin abgefunden habe, ferner, daß Polen auf keinen Fall ein Durchmarschrecht russischer Truppen durch sein Territorium gestatten werde. Man übersieht hierbei absichtlich, daß es sich für Paris nicht um das Durchmarschrecht handelt, sondern um eine Bindung Warschaus an die Friedenspolitik der Pariser Regierung. Wie Warschau nicht einseitig an die Politik der Berliner Machthaber gebunden sein will, so möchte es auch nicht gern an Paris und Moskau gebunden sein. Aber die Politik der Berliner Machthaber mit dem Ziel des Drangs nach dem Osten läßt Warschau befürchten, daß Polen das Opfer des kommenden Krieges durch Adolf Hitler sein wird, wenn es durch den Westen nicht geschützt ist.

Alle Abschwächungsversuche der reichsdeutschen und der polnischen Regierungspresse dürfen darüber nicht hinwegtäuschen, daß gerade das Vorgehen Hitlerdeutschlands in Danzig in Warschau den Kurswechsel beschleunigen wird.

Die Mißwirtschaft Darrés

Schlechte Ernteaussichten — Rückgang der Versorgung

Schon in unserem letzten Artikel haben wir darauf verwiesen, daß die Zwangswirtschaft Darrés zu merkwürdigen und schwer erklärlichen Fehlergebnissen geführt hat. Im auffälligsten Widerspruch zu den Zielen der »Nahrungsfreiheit« steht der Rückgang der Getreidefläche. Von 1925 bis 1932 waren die Anbauflächen um rund 300.000 Hektar gestiegen. Dagegen ist die Anbaufläche für Getreide von 12.095.000 im Jahre 1933 auf 11.554.000 Hektar im Jahre 1936 zurückgegangen, ein Rückgang von 541.000 Hektar. Das ist um so bemerkenswerter, als die deutschen Ernten der letzten Jahre keineswegs für die Versorgung mit Brotgetreide und Futtermitteln ausgereicht haben. Und in dem eben beginnenden Erntejahr werden die Schwierigkeiten wahrscheinlich größer werden als in dem abgelaufenen. Zwar hatte Darré noch vor wenigen Wochen eine außerordentlich günstige Ernte vorausgesagt und in der Tat waren die Witterungsverhältnisse in Deutschland im Gegensatz zu Uebersee und einer großen Anzahl europäischer Länder recht günstig gewesen. Die amtliche Mitteilung vom Anfang Juli stellte eine bedeutsame Ertragssteigerung nicht nur gegenüber dem Vorjahr, sondern auch gegenüber dem Durchschnitt der fünf vorhergehenden Jahre in Aussicht und stolz wurde verkündet, daß Deutschland nicht nur in Roggen, sondern auch in Weizen vom Ausland unabhängig sein werde.

Aber die neueste amtliche Ernteschätzung schlägt schon viel gedämpftere Töne an. Das naßkalte und unbeständige Juliwetter in vielen Teilen des Reiches, so heißt es nun, konnte nicht ohne Auswirkung auf Stand und Ernte des Getreides bleiben. Die Ausreifung wurde beeinträchtigt zumal dort, wo die Frucht sich in stärkerem Maße legte. Die Ungleichmäßigkeit des Reifevorgangs und die Lagerung behindern die Ernte und erhöhen die Ausfälle, und die dauernden Niederschläge während der Ernte erschweren die Trocknung, fördern das Auswachsen der Körner auf dem Felde und erhöhen die Verluste bei der späteren Einlagerung. Die Schätzungen mußten also mit Ausnahme von Wintergerste und Hafer ermäßigt werden, am stärksten beim Winterroggen. Die Abschläge, die die amtliche Schätzung jetzt am Augustbeginn vorgenommen hat, sind allerdings verhältnismäßig gering. Aber das Amt selbst scheint zu seinem eigenen Vorgehen kein allzugroßes Vertrauen zu haben. Denn ausdrücklich wird betont, daß dabei von der Voraussetzung ausgegangen sei, daß sich die Witterungsverhältnisse bis zum Abschluß der Ernte normal gestalten, und es scheint nicht, daß sich diese Voraussetzung restlos erfüllt hat. Jedenfalls können die Schäden, die sich aus der Lagerung ergeben, nicht wieder gutgemacht werden, wie das auch die immer wiederholten Klagen über die diesmal besonders schwierige Einbringung der Ernte und den daraus entstandenen Mangel an Erntearbeitern zeigen.

Aber nehmen wir die — sicher zu optimistischen — Schätzungen nun einmal hin. Darnach wird also mit einer Weizenernte von etwa 4,8 Mill. Tonnen gerechnet gegenüber einer endgültigen Ernte von 4,67 im Vorjahr. Nun betrug aber der Gesamtverbrauch an Weizen 1935/36 5,45 Mill. Tonnen, und zwar 4,5 Mill. Mahigut, 0,35 Mill. Saatgut und 0,6 Mill. zur Verfütterung. Die Weizenernte bleibt also zunächst hinter dem tatsächlichen Verbrauch des Vorjahrs um 0,65 Mill. Tonnen zurück. Beim Roggen beträgt die Schätzung 7,96 Mill. gegenüber der vorjährigen Ernte von 7,48 Mill. Der Verbrauch betrug aber 8,3 Mill. Tonnen, von denen 2,9 Mill. verfüttert und 0,65 Mill. als Saatgut verwandt wurden, der Rest von 4,75 Mill. Tonnen der Mehlbereitung diente. Dazu kommt aber ein anderes. Zu Beginn des vorjährigen Getreidejahrs waren Vorräte von 2,5 Mill. Tonnen an Weizen und Roggen verfügbar. Davon dürften aber Anfang Juli 1936 nur noch 1 Mill. Tonnen verfügbar gewesen sein, die unterdessen zum großen Teil aufgebraucht sind. Im Gegensatz zum Vorjahr geht also Deutschland praktisch ohne nennenswerte Reserven in das neue Getreidejahr und ist also nur darauf angewiesen, was die neue Ernte bringt. 1935/36 wurden ungefähr 1,2 Mill. Tonnen Roggen und Weizen mehr verbraucht als 1934/35. Von diesem Mehrverbrauch entfielen nur 300—400.000 Ton-

nen auf höheren Mühlenbedarf. Die restlichen rund 800.000 Tonnen sind zusätzlich verfüttert worden.

Charakteristisch für den andauernden Futtermittelmangel ist es nun, daß sich die deutschen Landwirte jetzt genötigt sehen, Weizen, der in Deutschland früher nur zu menschlicher Nahrung verwandt wurde, in steigendem Maß zu verfüttern. Im letzten Jahr sind etwa 800.000 Tonnen Weizen — etwa ein Achtel der Gesamternte — in den Futtertrog gewandert! Erzwungen wurde dies durch die Verringerung der Futtergetreideeinfuhr von 1,1 Mill. Tonnen auf etwa 200.000 Tonnen. Es ist also zwar richtig, daß die diesjährige Roggen- und Weizenernte für die Broterzeugung ausreicht, nicht entfernt aber für die Deckung des Futtermittelbedarfs. Denn da die Weizen- und Roggenernte schätzungsweise 12,77 Mill. Tonnen bringen soll, der Verbrauch im Vorjahr 15,75 betrug, die Vorräte aber um mindestens 2 Mill. Tonnen höher waren, so ergibt sich — Brot- und Futterbedarf zusammengerechnet — ein Defizit etwa in der Höhe von 5 Mill. Tonnen. Selbst wenn man berücksichtigt, daß die Hafer- und Gersternte vielleicht um eine halbe Million Tonnen das vorjährige Ergebnis übertreffen könnte, bleibt die Tatsache bestehen, daß die Einfuhr an Futtergetreide wird gesteigert werden müssen. Die vorjährige Senkung der Einfuhr auf 200.000 Tonnen kann nicht ein zweites Mal wiederholt werden. Das bedeutet aber vermehrten Devisenbedarf für die Sicherung der Ernährung. Ein Teil der Devisen, den Schacht durch seinen Dumpingexport herbeizuholen hofft, wird er schon dem Darré überlassen müssen.

Daran ändert auch nicht viel, daß die feuchte Witterung bisher den Stand der Hochfrüchte und Wiesen begünstigt hat. Denn abgesehen davon, daß uns

von der Rüben- und Kartoffelernte noch mehrere Wochen trennen, so ist in diesem Jahr der früher verringerte Schweinebestand wieder stark gewachsen und erfordert beträchtliche Mengen an zusätzlichen Futtermitteln. Der Nährstand fordert deshalb auch zu erhöhter Sparsamkeit auf. Roggenmehl von hellerer Ausmahlung als die vor zwei Jahren eingeführte schwärzliche Sorte darf nicht hergestellt werden. Die Landwirte müssen bereits bis zum 15. Oktober 30 Prozent ihres Getreidekontingents abgeliefert haben, um eine raschere Auffüllung der geleerten Lager des Reichsnährstands zu ermöglichen und eine ganze Reihe von neuen Zwangsmaßnahmen soll zur restlosen Erfassung des Getreides dienen. Aber all das kann nichts daran ändern, daß die Darrésche Wirtschaft von ihrem Ziel der Nahrungsfreiheit, das ja auch die Produktion von Fleisch und Fett aus eigener Kraft der deutschen Wirtschaft sichern müßte, noch weit entfernt bleibt, ja daß das Ziel eher ferner rückt als daß es sich nähern würde.

Und dabei zeitigt diese kostspielige Zwangswirtschaft noch eine Reihe sonderbarer und höchst schädlicher Nebenwirkungen. Sie hat den Futtermittelmarkt überhaupt dauernd desorganisiert. Gerste und Hafer waren bis in den März 1936 hinein am freien Markt fast nicht zu erhalten. Futterroggen, der nicht in die Kontingentablieferung eingeschlossen ist, konnte zu wesentlich höheren Preisen verkauft werden als Mehleroggen. Man zahlte Ueberpreise für angeblich bessere Qualitäten, die gar nicht vorhanden waren, um den dringendsten Futterbedarf decken zu können. Erst gegen das Ende des Erntejahres setzte sich infolge der guten Heuernten eine Erleichterung durch. Aber eine bleibende Folge der durch die Zwangswirtschaft hervorgerufenen Störungen ist die

Tendenz der Landwirte, sich vom Markt überhaupt möglichst zu emanzipieren und die Viehhaltung nicht von den weit unbegrenzteren und zugleich konstanteren Bedingungen einer freien Marktzufuhr, sondern von den weit mehr dem Wechsel und dem Zufall unterliegenden Möglichkeiten des eigenen Hofes anzupassen. Das Resultat hat jüngst ein gleichgeschaltetes Blatt so beschrieben:

»Die Tatsache, daß die freie Marktversorgung mit Futtermitteln fast zwei Jahre hindurch mehr oder minder beschränkt war, hat zusammen mit der geforderten Umstellung der Viehhaltung auf »wirtschaftseligene« Futtermittel dazu geführt, daß der natürliche Austausch der verschiedenen Getreidearten über den Markt (Roggen gegen Gerste, Weizen gegen Kraftfuttermittel usw.) heute nicht mehr wie vordem stattfindet. Der einzelne Betrieb verbraucht, was er hat. Er verfüttert Roggen an Pferde, Hafer an Rindvieh, Weizen an Schweine, wenn er gerade über diese Artikel reichlicher verfügt. Es wird schwer halten, diese Tendenz zur Hofautarkie mit ihren zweifellos nicht immer rationalen Auswirkungen auf die Fütterungstechnik, wie sie in dem Festhalten der Landwirte an allen irgendwie verfügbaren Artikeln und der daraus erwachsenden Abneigung gegen den Zukauf von Markt-Futtermitteln zum Ausdruck kommt, im Laufe der Zeit auf ein vertretbares Maß zurückzuführen.«

Diese Art Fütterung ist aber nicht nur wirtschaftlich eine Verschwendung, sie ist auch physiologisch falsch. Wie in vergangenen Zeiten erhält jetzt das Vieh, nicht das, was die Ernährungswissenschaft als richtig erkannt hat, sondern das, was der einzelne Landwirt jeweils aus seiner Wirtschaft nach Abzug der Zwangsablieferungen erübrigen kann. Daß das zu einer Gefährdung einer rationalen Viehwirtschaft überhaupt führen muß, ist unbestreitbar. Aber das wird nicht hindern, daß der Darré auch weiter seine Diktatur über die deutsche Landwirtschaft ausübt.

Dr. Richard Kern.

Die Aera Stinnes ist wieder da!

Naturschutzpark fürs Monopolkapital

Herr Nonnenbruch, Schriftleiter vom Wirtschaftsblatt des »V. B.«, veröffentlicht im »V. B.« vom 13. August einen Artikel »Expansionsbestrebungen« in dem er sagt, er habe bisher geglaubt annehmen zu dürfen, »daß sich in der Auffassung über die Zweckmäßigkeit der Konzentration eine Wandlung vollziehe.« Darin hat er sich aber sehr geirrt, denn »seit Jahresfrist etwa ist das aber anders geworden«. In kurzen Zwischenräumen lese man immer wieder von neuen Erwerbungen. Die Beispiele, die der »Völkische Beobachter« aufzählt, sind allerdings sehr aufschlußreich. So haben die führenden Unternehmen des Margarinetrustes bekannte Schachtelkäs-fabriken aufgekauft, der chemische und alkoholische Konzern Schering-Kahlbaum, »der wiederum zum Oberkoks-Konzern gehört«, sich die Pfeilringwerke angegliedert. »Der Betrieb von Pfeilring wird für Rechnung Schering-Kahlbaum geführt, Pfeilring wiederum hat den Betrieb der Eos-Werke A. G., einer Schuhputzmittel, Fleckenwasser usw. herstellenden Firma übernommen.« Das ist eine ziemlich verzwickte Verschachtelung, aber immerhin besteht ein Fabrikationszusammenhang zwischen Chemie und Seife, zwischen Seife und Putzmittel, weniger schon zwischen allen diesen Dingen und den Erzeugnissen von Oberkoks, dem schwerindustriellen Trust Westoberschlesiens. Es besteht auch eine Beziehung zwischen Margarine und Käse, aber kaum eine zwischen Margarine und Textilien.

Es haben sich nämlich Margarinekonzerne, denen man amtlich die Produktion beschränkt, aber die Gewinne garantiert hat und die daher das Bedürfnis nach und die finanziellen Mittel zusätzlicher Betätigung haben, Käufe von Textilunternehmen usw. vollführt. Und der bekannte Porsilfabrikant Henkel hat eine maßgebende Beteiligung an der Gladbacher Wollindustrie A. G. erworben, nachdem er bereits Besitzer von einem Drittel der Vorzugsaktien der Deutschen Gold- und Silberscheideanstalt, fast des gesamten Aktienkapitals der Hydrierwerke A. G. Rodleben sowie eines größeren Aktienpakets der A. G. Schwabenbräu, Düsseldorf, gewesen war. Herr Henkel ist somit bereits ein kleinerer Stin-

nes, hat aber offenbar den Ehrgeiz, noch zu wachsen.

Angesichts dieses industriellen Gemischtwarenladens kann der »Völkische Beobachter« gewisse Bedenken nicht unterdrücken. Sollte hier etwa nicht Gemeinnutz von Eigennutz gehen, sondern dieser vor jenem? »Wenn eine Kapitalmacht auf produktionstechnisch fremde Unternehmungen Einfluß bekommt, so leitet sie dabei in erster Linie doch der Ertragsgedanke. Hierin liegt die besondere Gefahr.«

Mit anderen Worten: Die Angliederungen erfolgen nicht aus Gründen der Produktion, sondern der Spekulation. Andere lassen sich Villen bauen, kaufen Bilder oder Diamanten. Herr Henkel hat sich, um sein Geld aus dem Dritten Reiches Schuldenwirtschaft zu retten, auf Industrieunternehmungen verlegt. Warum hält er sie für wertvoller als etwa einen echten oder beinahe echten Van Dyk? Das kann man der »Frankfurter Zeitung« entnehmen, die am 9. August feststellt: »Heute stehen wir mitten in einer Welle neuer Marktbedenken. Und zwar bedienen sich die Unternehmer zum Zwecke der Kartellbildung des sogenannten organischen Aufbaues der gewerblichen Wirtschaft. Den in ihr organisierten Fachgruppen usw. ist zwar »die Befassung mit marktregelnden Aufgaben ausdrücklich untersagt«, aber der Kommandeur dieses Aufbaues, Herr Schacht gestattet den Unternehmern, seines Verbotes nicht zu achten. In den Fachgruppen sind nämlich zumeist die Beherrscher der Großkonzerne als von Schacht ernannte »Leiter« wirksam. Sie benutzen die ihrer Obhut anvertrauten Fachgruppen als »Kartellhebammen«. »Die einzelnen Vorgänge«, schreibt die »Frankfurter Zeitung«, »werden der Öffentlichkeit zumeist nicht bekannt«. Es besteht auch aller Anlaß, sie nicht allzusehr bekannt werden zu lassen. Aber manches läßt die Schilderung der »Frankfurter Zeitung« ahnen:

»Zunächst ist in den Fällen, wo bereits ältere Verbände bestanden, durch die Personalunion der marktregelnde Verband sehr häufig nicht unwesentlich gekräftigt worden. Die Verhältnisse der Außenseiter werden nun der Verbandsführung genauer bekannt, die Einwirkungsmöglichkeiten nehmen zu, und auch der moralische Druck auf die abseits stehenden Firmen wird mit

der wachsenden Gewöhnung an die Autorität der Wirtschaftsgruppen-Führung und ihrer Machtmittel zweifellos größer.«

Die »Leiter« nutzen also ihre diktatorischen Vollmachten aus, um in die Geschäftsgeheimnisse ihrer Konkurrenten einzudringen und ihnen den Anschluß ans Kartell durch erpresserische Bedrohung abzuwingen. Auf diese Weise gelingt es, »daß nunmehr im Anschluß an die Wirtschaftsgruppenorganisation marktregelnde Verbände auf Gebieten gegründet werden, die bisher von Kartellansätzen mehr oder minder frei waren«. Diese Abreden sind nur äußerlich private Vereinbarungen, hinter ihnen steht als Befehl oder Bedrohung die Staatsgewalt. So wird der Unternehmer zum Staatsrentner und der Profit zur Staatsrente. Die Industriebeteiligung ist also eine sichere Kapitalanlage als die Anleihen des Dritten Reiches und bietet überdies die Möglichkeit, sich von deren Risiko zu drücken.

Herr Nonnenbruch findet die »Expansionsbestrebungen«, wenn auch bedenklich, so doch verständlich:

»Vom Standpunkt des Mächtigen aus ist jedes Streben nach Machterweiterung etwas Selbstverständliches. Bedenklich wird es aber, wenn es zur vollständigen Gebietsbeherrschung führt. Dann ist der Naturschutzpark da.«

Wie die Elche im Naturschutzpark, ist also im Bereiche eines gebietsbeherrschenden Trusts die Ausbeutungsfreiheit staatlich geschützt. Damit hat Nonnenbruch selbst seinen Schwundel enthüllt, der Sozialismus werde verwirklicht, wenn alle Arbeit haben. »Wer die Wirtschaftsgeschichte der letzten Jahre aufmerksam beobachtet und in der Lage ist, auch mal einen Blick hinter die Kulissen zu werfen, wird finden, daß von verschiedenen Stellen aus planmäßig auf eine Gebietsbeherrschung hingearbeitet wird.« Dagegen darf man allenfalls »Bedenken« äußern, mehr darf der sonst garnicht bescheidene Nonnenbruch nicht riskieren. Denn er weiß ganz genau, warum der Nationalsozialismus, der die Organisationen der Arbeiter vernichtet hat, die Machtkonzentration der Unternehmer fördert. Unter anderem gerade deshalb, um den Arbeitern die Ausnutzung einer verbesserten Position auf dem Arbeitsmarkt unmöglich zu machen. G. A. F.

Das Ende der deutschen Wissenschaft

Die Thesen der braunen Scholastik

»Auch in der Wissenschaft hat der völkische Staat ein Hilfsmittel zu erblicken zur Förderung des Nationalstolzes.«

»Mein Kampf«, S. 473.

Der Stabschef des Führers hat den Rektor der Universität Heidelberg, SA-Obertruppführer Groh, mit Wirkung vom 28. Juni 1936 zum SA-Sturmführer befördert.

Ämtliche Meldung.

In den Tagen der Reichspropaganda-Olympiade, wo sich der Genius des Bizeps entfaltet und viel Tausende von Gästen aus aller Welt die gutgetrichenen Fassaden Hitler-Deutschlands arglos bestaunen, erscheint es nicht recht aktuell, von der deutschen Wissenschaft zu sprechen. Ihre jüngste Manifestation das Heidelberger Universitäts-Jubiläum, ist im Zuge der neuesten Werbeveranstaltungen schon längst vergessen worden. Aber sehr zu unrecht. Jeder Chronist und jeder Geschichtsschreiber, der die Katastrophe des deutschen Geistes unter der Diktatur des absoluten Staates in ihren Etappen verfolgen will, wird diesen Heidelberger Tagen ein besonderes Kapitel zu widmen haben. Hier wurde der erste Versuch unternommen, die Erstreckung der geistigen Freiheit und die Umwandlung der deutschen Hochschulen in Fachschaften des Nationalsozialismus nicht bloß als politische und »weltanschauliche« Machtposition zu begründen. Hier erfolgte vielmehr vor den Augen zahlreicher Ehrengäste, Gelehrten aus vielen Ländern, die feierliche Proklamation einer nationalsozialistischen »Wissenschaftslehre« in der Gestalt eines festgeschlossenen Systems, das seine Entdecker als die neue spezielle und deutsche Erkenntnistheorie präsentieren. In Heidelberg wurde parteiämlich ausgetilgt, was in Jahrhunderten der Humanismus, die Renaissance, die Reformation, der klassische Idealismus und endlich der Liberalismus an deutschen Bildungselementen geformt, was für Generationen deutscher Gelehrter und Hochschullehrer als Fundament aller Forschung und aller Lehre angesehen wurde. Es war das feierliche Staatsbegräbnis der deutschen Wissenschaft. Auf ihrem Grabstein steht der Satz des Professors Kriek aus seinem Festvortrag eingemeißelt: »Wir erkennen und anerkennen keine Wahrheit um der Wahrheit, keine Wissenschaft um der Wissenschaft willen.«

Der Programmleiter war der Reichminister Rust. Der einstige »Heldenvater«, der den Oberlehrerdienst frühzeitig auf Grund einer ärztlich bescheinigten psychisch-hysterischen Zerrüttung quittieren mußte, verlas ein sorgfältig niedergeschriebenes Manuskript, über »Nationalismus und Wissenschaft«, vermutlich eine von Rosenberg überarbeitete Referentenarbeit seines Ministeriums. Bei der Verteidigungsposition wegen der im Auslande erhobenen Vorwürfe über die Bedrückung der Wissenschaft durch das Regime hielt sich Rust nicht lange auf. Man habe eben die Vertreter des politischen Systems, das man gestürzt habe, von den Universitäten entfernen müssen — Vertreter, des »Umsturzes aller Ordnungen«, sagte Rust wörtlich. Daß die Zahl der verjagten Nichtarier um ein Vielfaches größer war als diejenige der Marxisten oder unentwegten Demokraten, wurde im Olympiajahre sorgfältig verschwiegen. Dann kam das sozusagen »Positive«. Wir haben aus dem langen Referat die Kernsätze heraus:

1. Wertfreiheit und Voraussetzungslosigkeit, Objektivität und Autonomie sind keine Wesensmerkmale der Wissenschaft. Würde man solche Prinzipien weiter frei dulden, so wären sie ein vollkommener Schutz für die Gegner des Nationalsozialismus zur Fortsetzung ihrer Pläne.
2. Wissenschaft ohne wertmäßige Grundlage ist überhaupt nicht möglich. Alle großen wissenschaftlichen Probleme waren getragen vom Glauben an den Sinn der Welt und die Bestimmung des Menschen in ihr.
3. Für den Nationalsozialismus ist der Mensch Glied einer natürlichen und geschichtlichen Ordnung, beruhend auf der Bindung an die Gemeinschaft des Blutes und der Geschichte. Damit hat die Wissenschaft einen einheitlichen Mutterboden gewonnen. Der

Nationalsozialismus bekämpft darum notwendig die zum Grundsatz erhobene Weltanschauungslosigkeit, jene Haltung des Alles-Verstehens, welche die Kraft der Entscheidung lähmt.

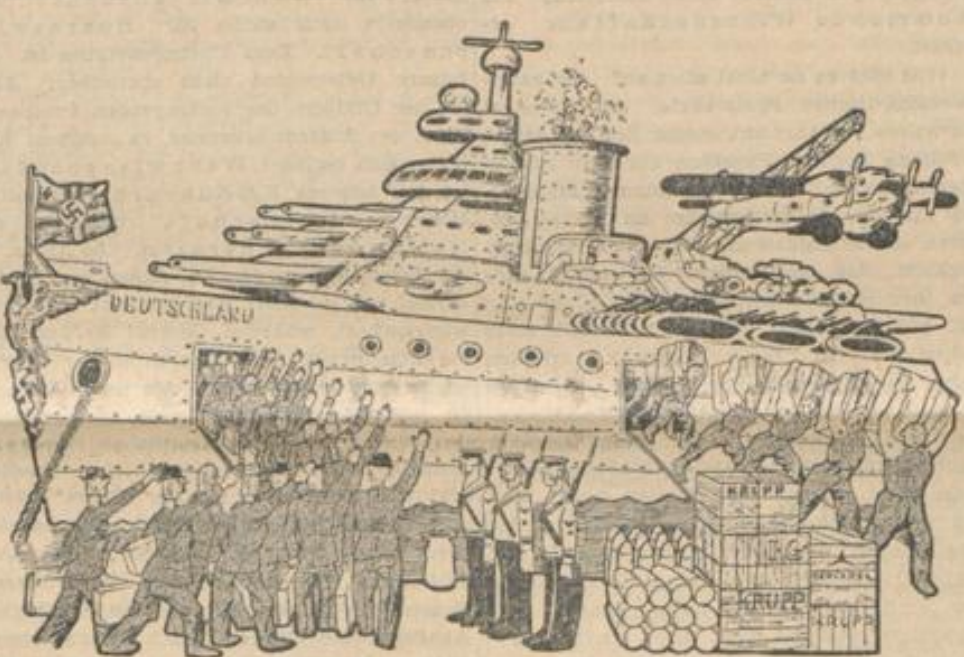
4. Die Wissenschaft kann jetzt aus der Kraft einer Selbstgewißheit schöpfen, weil ihr der Nationalsozialismus den verlorenen Einheitspunkt wiedergegeben hat. Auf dieser sicheren Grundlage kann sie in Freiheit ein vollkommen neues Gebäude errichten.

5. Jetzt erst kann die deutsche Wissenschaft der wahren Objektivität nach den Bedingungen ihres Eigenlebens dienen. Der Nationalsozialismus ist »felsenechte« von der Richtigkeit seiner elementaren Entdeckungen auf allen Gebieten des geistigen Lebens überzeugt. Hier besitzt die Wissenschaft volle Autonomie und Freiheit, denn sie ist nach nationalsozialistischer Auffassung das geistige Organ der im Volke lebendigen Kräfte, um unser geschichtliches Schicksal im Gehorsam gegenüber dem Gesetz der Wahrheit darzustellen.

Das also sind die neuen Heidelberger Thesen. »Diese Rede ist ein Dokument«: so heißt es durch die braune Presse. Man darf ihr zu-

stige Auseinandersetzung über die Möglichkeiten und die Grenzen der Wissenschaft durch die Groß-Inquisition erledigt. Die moderne weltanschauliche Diktatur beruht auf der Voraussetzung, daß Geist und geistiges Leben nach den Maximen der Politik autoritär durch den Staat reglementiert werden. Es ist die Lehre von der Eindimensionalität des menschlichen Daseins, das durch den Staat vollkommen determiniert ist und neben ihm kein selbständiger geistiger Bezirk mehr besitzt. Diese Verleugnung der Ursprünglichkeit einer freien geistigen Sphäre wird mit der einmaligen und absoluten Wahrheit identifiziert.

Aber glaube niemand, daß sich im Zeichen dieser »Wissenschaftslehre« die Situation für die deutschen Hochschullehrer vereinfacht habe! Im Gegenteil, gerade für die Allerfolgsamsten haben sich die Gefahren vermehrt. Seinen totalen Uebergreif führt zwar der Nationalsozialismus mit fanatischer Konsequenz durch, aber zugleich ist er in der Praxis, in der Anpassung an die jeweils gegebenen politischen und sozialen Erfordernisse und Span-



Die Neutralität des braunen Systems

stimmen, denn nun sind die letzten verhüllenden Schleier gefallen und legen das nackte Gerippe des braunen Wissenschaftsgespinnstes bloß, das auf dem Friedhofe der geistigen Freiheit spukt. Nur die Form der wissenschaftlichen Arbeit, die Methodik, ist an den deutschen Universitäten noch freigegeben. Aber um so ehrner sind die Ausgangspunkte der Forschung und Lehre dekretiert, die nach den nationalsozialistischen Prinzipien gebildet »Ganzheit« mit den rassistischen Untergründen, wie Professor Kriek bei einem späteren Anlaß sagte. Prädestiniert sind selbstverständlich auch alle Resultate, soweit es sich nicht um rein naturwissenschaftlich-technische Dinge ohne gefährliche geistige Explosivstoffe handelt. Mühen diese Resultate nicht in der »Bejahung der völkischen Lebensordnung« des neuen Deutschlands, so sind sie »unfruchtbar, unwirksam, sinnlos«...

Wer also heute noch an deutschen Universitäten lehren darf, hat das Recht der freien Gewissensentscheidung und der selbstverantwortlichen Wahrheitsforschung eingebüßt. Seine wissenschaftliche Bedeutung wird in den sogenannten geistigen Fakultäten nach den fixierten Wertmaßstäben des Regimes gemessen. Es wird von seinen Hochschullehrern nicht mehr die »Unterscheidung«, sondern die Entscheidung gefordert, wobei es a priori nur eine einzige gibt. Heidelberg war einmal der Ausgangspunkt einer großen Diskussion über Wertfreiheit und Voraussetzungslosigkeit der Wissenschaft. Damals, als Max Weber hier wirkte, dessen Andenken durch feierliche Erwähnung die braunen Festredner zu beschmutzen sich keineswegs scheuten. Für Weber standen die Wertordnungen der Weltanschauungen in einem ewigen, nicht auflösbaren Kampf. Fünfzehn Jahre nach seinem Tode wird jede ge-

stimmte von äußerster Inkonsistenz. Es wird für die neudeutschen Gelehrten nicht so einfach sein, mit der »Wahrheit« über den »Einheitspunkt« zu balancieren, wenn dieser im Strome der politischen Machtbedürfnisse und der sozialen Kontraste hin und her geschleudert wird. Und daneben der gefährliche Wühler und Tunichtgut, der unter den Blitzstrahlen Rusts immer noch lebendige »abstrakte Intellekt«, der an den »Wurzelgründen« von Blut, Charakter und Geschichte zu nagen nicht aufhören will!

Diese Fakten wurden in Heidelberg in der sublimen Form verkündet, die das Regime bei solch festlichen Anlässen unter Beobachtung des Auslandes beliebt. »Die Wissenschaft ist sowohl frei wie gebunden. Sie ist gebunden in der Substanz an etwas, was nicht selbst Wissenschaft ist. Sie ist frei in der Form, in der Begegnung mit der Wirklichkeit: die deutschen Gelehrten dürfen also den Habitus abendländischer Wissenschaft äußerlich beibehalten. Sie dürfen und sie sollen sich so benehmen, als könnten sie wie die Hochschullehrer des Auslandes noch nach den Verantwortungen ihres Gewissens forschen und lehren. Es ist für sie nur »selbstverständlich«, daß Staat und Wissenschaft die gleichen Grundwahrheiten, jener gebietend, diese »erkennend«, besitzen müssen, wie Rust sagte. Kurz, die Grenzen des Gewissens und des Erkennens sind von SS-Leuten besetzt. Das ist der »Durchbruch der Wirklichkeit«...

Dieses »absolut Neue« das nach dem Ersuchen der Heidelberger Festredner fruchtbar auf die Wissenschaft der ganzen Welt ausstrahlen soll, ist freilich schon etliche Jahrhunderte alt. Bei Thomas von Aquin und Albertus Magnus steht es bereits, daß es Vernunftwahrheiten außerhalb der

Glaubenswahrheiten nicht gibt und für niemanden geben darf. Schon damals war der Inhalt alles Denkens fest und unverrückbar: alle Wissenschaft war Theologie oder Magd der Theologie. Aber diese geistige Tyrannei hatte, was um der Gerechtigkeit willen festgestellt werden muß, ein gewaltiges Plus gegenüber dem weltanschaulichen Totalitätsanspruch des Nationalsozialismus. Die mittelalterlichen Scholastiker waren echte Gläubige. Ihr Weltbild war mit der religiösen Ueberzeugung identisch, zumal es andere Weltbilder im damaligen Abendlande überhaupt nicht gab und lebendiges gesellschaftliches Freiheitsbewußtsein nicht existierte. Die weltanschauliche Diktatur der braunen Despotie von heute aber ist ein in Eile zusammengehaueenes Gerüst von umstrittenen Thesen, Symbolen und Mythen, deren »Sinne« dazu dient, mit allen modernen technischen Gewaltmitteln und durch demagogische Beherrschung der Massen den Eroberern des Staates die Beute zu sichern. Die alten Scholastiker besaßen nur einen einzigen Ausgangspunkt ihrer Erkenntnis: die Testamente. Ihre theoretische Auffassungsrichtung war platonisierend und aristotelisch. In Heidelberg aber lag Anno 1936 als Zeugnis neudeutscher Geistesleistung zur allgemeinen Besichtigung aus: Hitlers »Mein Kampf«, in kostbar niedergeschriebenen Pergamentblättern, das Hohelied des Haßes und der Gewalt, das Blutzugnis für die »Schwelle des Zeitalters«, wo Wissenschaft und Forschung nach Kriek wieder an den »Anfänge« gestellt worden sind, nämlich an die Schwelle der primitiven Barbarei, die sich hinter der dämonischen Phantastik moderner Propaganda und vollendeter materialistischer Technik verbirgt.

Aber täuschen wir uns dabei nicht! Aus den geistigen und politischen Schwächeständen des europäischen Freiheitsbewußtseins und der Mutlosigkeit zur Verantwortung entstehen Vorteile für die Diktatur. Die pseudoheroische Geste und die Selbstgerechtigkeit »absoluter« Wahrheitsfindung, womit die moderne Tyrannei ihre unaufhörliche geheime Angst vor dem eigenen Volke drapiert, sind Attraktionen in der Krise. Die unpolitischen und gedankenlosen Weltkulturbürger vergessen die braunen Blutgerüste, verstopfen die Ohren vor den Hilferufen aus den Kerkern und fangen an, die Verleugnung der geistigen Freiheit als interessante Gegebenheiten hinzunehmen. Sie kommen zur Olympiade, zu internationalen Kongressen, nach Heidelberg zum Begräbnis aller Grundsätze der Wissenschaft, die in Jahrhunderten von der Menschheit erkämpft wurden. Sie erliegen der Faszination, bis schließlich hinter dem Sportkleid oder dem Frack auch das Herz langsam im Hitlertakt zu klopfen beginnt. Das wollen, das organisieren, das bezahlen die braunen Diktatoren mit unwahrscheinlich hohen Summen aus ihren Beutefonds, wobei sie leider nicht vergeblich auf eine gewisse Rentabilität in der düpierten Welt rechnen.

Die Ehrengäste klatschten beifällig bei der Verleihung von Dutzenden von Ehrenpromotionen an ausländische Gelehrte. Sie dachten nicht an den Galgen, — errichtet für Hunderte von deutschen Fachkollegen mit höchsten wissenschaftlichen Verdiensten, die ihrer Gesinnung oder ihrer Rasse wegen aus ihren Ämtern gejagt worden waren. Sie fanden es »wunderschön«, sie sangen, wie die braune Presse vermerkt, »Alt-Heidelberg, du feine«, sie waren bezaubert von Landschaft und Kulisse, hinter der das wahre Gesicht des Dritten Reiches verborgen wurde.

Vor Jahrzehnten wurde bei Heidelberg ein vermorschter menschlicher Unterkiefer aus der ältesten Diluvialzeit gefunden. Von ihm leitet seither die anthropologische Wissenschaft den homo Heidelbergensis ab. Es kommt, so gewiß, wie die Freiheit und das unveräußerliche Recht deutsches Land von der braunen Raubritterei wieder reinigen werden die Stunde, wo im Kuriositätenkabinett der Weltgeschichte ein zweiter vor-sintflutlicher homo Heidelbergensis verzeichnet wird: ein Universitätsrektor mit den frischen Jubiläumsternen des SA-Sturmführers, die heiter in der Sonne der Geistesklaverel blitzen. Andras Howald.

Die Prostitution der Professoren

Vor kurzem ist der Heidelberger Universitätsprofessor Heinrich Rickert, Ordinarius für Philosophie, nach etwa vierzigjähriger Lehramts-tätigkeit gestorben. Für einen Forscher von dem Renommee Rickerts, für einen Professor, zu dessen Vorlesungen Studenten durchs Fenster eindringen, um ein Plätzchen zu erwischen, für einen Philosophen, der Jahrzehnte als Oberhaupt einer neuen Richtung, der sogenannten »deutschen Schule« galt, ist das Lebenswerk ziemlich dürftig geraten. Als Ertrag seiner langen Studien über die Methodik brachte er die Erkenntnis heim, daß die alte Einteilung von Naturwissenschaften und Geisteswissenschaften besser durch die Kennzeichnung »Kulturwissenschaften« und »Gesetzeswissenschaften« zu ersetzen sei.

Das ist an sich etwas mager für eine jahrzehntelange Forschertätigkeit, besonders dann, wenn man in Anrechnung bringt, daß sein Lehrer Windelband bereits alles prinzipiell Wichtige mindestens aphoristisch beigezeichnet hatte. Außerdem ist vieles daran anfechtbar.

Trotz allem, der Nekrologist könnte von Rickert und seinem Werk mit dem Grusse der Achtung Abschied nehmen, hätte dieser ihm das nicht zuguterletzt noch gründlich erschwert. Erschwert, geradezu verdorben durch die Angleichung seiner Erkenntnisse an die Versklavungsbedürfnisse und den Blutkultus des Dritten Reichs. Es besteht eine deutsche Gelehrtentragödie als wahres Unikum der Kultur: die Standpunkte geraten mit der zeitweiligen Konjunktur in Konflikt und dann gibts den Riß. Die Professoren kuschen, ihre Ueberzeugung geht in die Brüche oder sie verleugnen, was sie gedacht. Gute drei Jahrhunderte haben deutsche Philosophen und Juristen über die Freiheit geprübelt, über die Freiheit des Willens und die Freiheit des Individuums von behördlichen Zwang. Man einigte sich schließlich, daß Freiheit der zweiten Kategorie den Besitz eines ergiebig staatsfreien Raumes voraussetzt. Sie gerieten, aller Philosophie und Wissenschaft zuwider, in das Untertänigkeitsystem, wurden wie alle anderen Reichsdeutschen Untertanen des Herrn Hitler aus Braunau. Und nun müssen sie Auskunft erteilen, wie das mit der Weisheit der klassischen Denker und ihrer eigenen Philosophie verträglich ist.

Geschmeidige Prostitutionskreturen wie Carl Schmitt und Alfred Bäumler behaupten frischweg, daß jetzt erst Freiheit in Deutschland bestehe und daß Hitler der große Freiheitsbringer sei. Bäumler nahm unlängst den Mund ganz voll: erst Adolf Hitler habe Deutschland vom Mittelalter befreit. So robust ist Rickert nicht gewesen, aber er nahm doch den Freiheitsraub am Individuum in seinen philosophischen Schutz. Die gewundene Erklärung seines letzten Buches »Probleme der Philosophie«, erschienen 1934, die Erklärung: »Falls eines Deutschen wissenschaftliche Weltanschauung mit den Forde-

rungen des Tages nicht übereinstimmt, hat er seine Ansicht der historischen Situation anzupassen« ist eine klare Apologie des Freiheitsraubes.

Rickert hat sich aber an seiner Vergangenheit noch widerwärtiger veründigt. Er war einst überaus stolz auf seine Erkenntnis, daß biologische Bestandteile wertindifferent seien und er hätte gewiß jeden Studenten zurückgewiesen, der biologische Größen wie Blut, Boden, Rasse als Wertqualitäten in seine Doktorarbeit einzuschmuggeln gesucht hat. Nun hat es ein Treppenwitz dahingebracht, daß gerade diese biologischen Bestandteile auf Befehl des regierenden Ignorantenklingels zu Höchstwerten der Kultur avancierten. Und Rickert? Landabilliter se subject. Löblich hat er sich unterworfen. Rasse sei eine Ordnung für sich. Es sei er-

laubt, sie als ranggleich dem Geist, dem sie ja ohnehin verbunden sei, zuzuordnen. Das hat er Nazistudenten, die ihn ausfragen kamen, kurz vor Toresschluß noch konzidiert. Rickert contra Rickert.

Das Dritte Reich nimmt in seiner Art Charaktermusterung vor und wahrhaftig, die deutschen Universitätsprofessoren bestehen die Prüfung, von Ausnahmen abgesehen, sehr schlecht. Sie sind gewiß selten Barbaren, aber fast alle sind aus Feigheit bereit, sich in den Dienst der Barbarei zu stellen. Man muß schon dem großen französischen Gelehrten Boutroupe recht geben: »In fast jedem deutschen Professor steckt ein Korporal, der sich ohne Befehlsempfang in der Welt nicht zurechtfindet.« Das war zu Beginn des Krieges gesagt: 1936 beweist es wieder.

Dr. Bruno Altmann.

»Wehrbotanik«

Zu den vielen Errungenschaften, mit denen der Nationalsozialismus die Welt vor allem auf seinem ureigendsten Gebiete, dem der Kultur, beglückt hat, gehören auch die Namen zahlreicher neuer Wissenschaften, von denen zu hoffen steht, daß sie noch vor Ablauf der berühmten tausend Jahre ihre Blüte erleben werden. Aber damit eine Wissenschaft blüht, dazu bedarf es nach nationalsozialistischer Auffassung gutbezahlter Stellungen für diejenigen, die sie betreiben. So hat man denn, um wenigstens am kulturellen Horizont so etwas wie einen Silberstreifen zu erzeugen, gut dotierte neue Lehrstühle für »kommende Wissenschaften« errichtet.

Was gibt es da nicht alles auf der nationalsozialistischen Speisekarte des Geistes! Da wurde vor garnicht langer Zeit der letzte berühmte Berliner Physiker, als er in seinem Stammlokal mit einem bekannten Ministerialrat aus der Industriesphäre zu Mittag aß, durch die erschütternde Neuigkeit wahrhaft beglückt, daß die Berliner Universität endlich ihre letzte wissenschaftliche Abrundung auf physikalischem Gebiet in Gestalt eines Lehrstuhls für Wehrphysik erhalten habe. Zur Wahrnehmung dieses wichtigen Postens sei der »berühmte« Wehrphysiker Sch. auserkoren. Der große Physiker kannte zwar diese nationalsozialistische Koryphäe nicht einmal dem Namen nach, aber der tüchtige Ministerialrat, der schon so vielen Regierungen und jetzt natürlich auch den Nationalsozialisten seine unbezahlbaren Kräfte zur Verfügung gestellt hatte, konnte ihm versichern, daß der neue Mann beim letzten Geländemarsch den ersten Preis davongetragen habe.

Betrübt und nachdenklich ging der große Physiker nach Hause und klagte beim nachmittäglichen Spaziergang sein Leid seinem weltbekannten Kollegen, dem Botaniker N. »Was wollen Sies, antwortete dieser mit

milde-nachsichtigen Lächeln, »Sie sind doch noch garnicht so schlecht dran! Wehrphysik muß ja nicht unbedingt völliger Unsinn sein. Man kann sich ja zur Not darunter noch etwas leidlich Vernünftiges vorstellen. Aber was soll ich nur machen, wenn morgen der neue nationalsozialistische Gartenbaudirektor von Berlin zum Professor der Wehrbotanik ernannt wird?«

Aber die neuen Herren sind sich selber nicht so ganz über die verschiedenen neuen Wissenschaften klar: So gibt es nicht nur Ordinariate für Wehrphysik, sondern auch solche für Wehrwissenschaft und obendrein noch solche für Heereswissenschaft. Dem Uneingeweihten ist der feinere Unterschied nicht erkennbar. Aber an der Uniform des Vortragenden Professors kann der Student erkennen, in welchem Kolleg er sich befindet. Wehrwissenschaft ist den höheren SA-Führern vorbehalten, Heereswissenschaft dagegen den Reichwehrgeneralen. So ist z. B. der Brigadeführer der SA, Achim von Arnim, derzeit maßgeblicher Repräsentant der Wehrwissenschaft, während General Becker sich die wissenschaftlichen Sporen in der Heereswissenschaft verdient. — Als unter Wilhelm II. der Klassiker der Physik, Helmholtz in den erblichen Adelsstand erhoben wurde, registrierte der Simplizissimus diese weiter-schütternde Tatsache mit der Glosse: »Heute wurde durch allerhöchste Kabinettsorder dem preußischen Adel der Professor Helmholtz verliehen.« Als aber kürzlich der Professor General Becker zum Mitglied der Preußischen Akademie der Wissenschaften ernannt wurde, blieb es der Filisterzeitung vorbehalten, festzustellen: »Die Preußische Akademie der Wissenschaften wurde der Reichwehrgenerallität verliehen!«

Aber nicht nur neue Männer haben neue Posten zur Förderung neuer Pseudowissenschaften bezogen. Auch alte Forscher, die

etwas zu erben hofften, haben gesehen, wo sie blieben. So konnte man es beispielsweise erleben, daß der Mathematiker Hamel, ein Mann von achtbaren Leistungen, plötzlich die innige Verbundenheit ausgerechnet der Mathematik mit Blut und Boden entdeckte. Als er seinen Vortrag über diese sonderbare Verbindung gehalten hatte, stellte einige Tage später die akademische Filisterzeitung fest, daß dem Kollegen Hamel eine große Ehre widerfahren sei: »Der Führer habe ihm das zweite »m« zu seinem Namen verliehen.« Academicus.

Die teuere Leni

Die Riefenstahl, die von Hitler als Filmregisseur für die Parteitagsfilme, den Film von der Winterolympiade und des Olympia-Filmen berufen worden ist, hat mit den bisher von ihr vorliegenden Arbeiten den Beweis erbracht, daß diese Berufung nicht in ihrem künstlerischen Können begründet ist. Obwohl Kritik an offiziellen Filmen kaum geduldet wird, mußte kürzlich erst die »Frankfurter Zeitung« zugeben, daß der Winterolympiade-Film der Riefenstahl von sportlichen, erzieherischen und künstlerischen Gesichtspunkten aus betrachtet, wertlos ist.

Dabei kosten diese Filme eine Riesenstange Geld. So braucht die Riefenstahl für ihren Olympia-Film außer den dabei mitwirkenden Sportlern noch 300 Mitwirkende! Der Film wird auch nicht unmittelbar nach der Olympiade fertig sein, sondern die Regisseurin rechnet bis zur endgültigen Fertigstellung des Hauptfilmes und der Kurzfilme mit einer Zeit von 18 Monaten!

18 Monate! — Also nicht einmal die Olympiade darf im Film so gezeigt werden, wie sie wirklich gewesen ist.

Das Huhn im Topf der Anderen

Der Sportberichterstatler des »Paris Soir« erzählt: Da er schon einmal im olympischen Dorf war, habe er den Einfall gehabt, »auf des Führers Unkosten« am Tisch seiner Landsleute, der Radfahrer, zu speisen. Eine kleine Inkorrektheit, aber für einen Reporter natürlich. Wird er nicht berichten wollen, wie die Mannschaft verpflegt wird? Lapébie habe ihm also dreimal vom Huhn ge-reicht, Charpentier hat ihm Beaujolais eingegossen, von Ulrich ließ er sich mit Kompott füttern. Aber er sagt, er tut das nicht noch einmal. Ihm sei noch kalt im Rücken, wenn er an den Blick des Kellners denke, der zwar nicht Einspruch erhob, — dazu glaubte er sich nicht befugt, — aber der ihm mit den Augen folgte. Das war, so meint der Berichterstatler, ein »Beobachterblick« — jener Beobachterblick, mit dem man in faschistisch regierten Ländern die Leute einschlichtert. Gewiß. Aber woran der Franzose nicht gedacht hat: der Mann, der ihm beim Essen zusah, der hungert zu Hause.

Polizelerziehung. »Die weltanschauliche Schulung« der deutschen Polizeibeamten wird auf Befehl Himmlers künftig durch das Rasseamt der SS vorgenommen werden.

Die motorisierten Germanen

Wer von uns Neugermanen genug nach innen lauscht, ist von dem Blut der Ahnen in einem fort berauscht.

Mercedes-Limousine?
Dem Juden scheint es so,
uns spiegelt die Maschine
das Roß des Gottes Frö.

Wo Bärte nicht mehr flattern,
da glänzt ein Doppelkinn,
und des Vergasers Knattern
lenkt sichwaldwärts den Sinn.

Hört deutschen Quell ihr sprudeln?
(Das Urquell, Pilsen, echt)
dort sammelt sich in Rudeln
Germaniens stolz Geschlecht.

Und eh wir Vollgas geben,
vom süßen Met beschwipst,
wird erst noch Waldesweben
bei Mondenschein geknipst.

Wenn's ein Mädchen wird, heißt's Freya,
und so das Glück sich beut,
wird sie einst waga-wela
Abortfrau in Bayreuth.

Wir sind die Shell-Germanen,
und uns gehört die Welt,
uns hat das Blut der Ahnen
zum Herrschervolk besitt.

Die Seifenblase

Der Roman »Kamerad Petere« von Helmuth Groth (Europa-Verlag) ist ein merkwürdiges Buch. Es beginnt in demokratischen Deutschland, schildert die sozialen Nöte seiner Helden, die Kämpfe mit den Braunen, den Sieg der gemeinsten Demagogie und die bittere Wanderung der Vertriebenen durch Europa. Adam Nolle, der arbeitslose Musiker, kämpfte in den Staffeln der kommunistisch geführten Antifa, aber als er mit seiner Frau bei der Roten Hilfe vorspricht, wird er überall abgewiesen. Er hofft auf Rußland. Neun Monate Kerker erlitt er für seinen Kampf in kommunistischen Reihen. Dann mußte er fliehen. Nun ist seine Frau, sein Kamerad Petra, trotz aller Tapferkeit müde, zermürbt, krank, auf allen Straßen Europas sind sie rundum getrieben worden, nun wird ihnen Rußland helfen müssen — »die Heimat der Werktätigen, welche keine Arbeitslosigkeit kennt...« Arbeiten wollte er, arbeiten! Aber sein Gesuch wird von der Sowjetunion kalt und ohne Angabe von Gründen abgelehnt. Wieder zieht der Heimatlose durch Winter und Kälte seine Straße, indes die Frau krank im Spital liegt.

So schließt der erste Teil und soweit wäre alles graue, raube Wirklichkeit, etwas chronikhaft berichtet. Die Menschengestaltung schwach, die Dialoge meist uncharakteristisch, blaß und wenig gekonnt, aber alles vom roten Blutstrom des Erlebten umspült. Nun jedoch, im zweiten Teil, beginnt eine Art Verzauberung. Ueber Nacht ist Nolle ein berühmter Geiger geworden, das Geld strömt

ihm nur so zu, mit einem Konsortium emigrierter Techniker und Chemiker setzt man sich auf einer der Farber-Inseln fest, zweihundert Emigranten gehen mit, ein gewaltiges Kraftwerk wird von einem idealistischen Kollektiv geschaffen. Und eines Tages, oh Wunder über Wunder, ist es soweit: eine Erfindung wird losgelassen, von der das braune Regime zerfetzt wird. Eine fabelhafte Rakete, die Flugblätter austreut und die Munitionsdepots zerstört. Die Menschen haben allemal gerade noch Zeit, die Werke zu verlassen. Soldaten meutern, die Revolution bricht aus, ohne daß ein Schuß fällt, der Kriegsschrecken ist vorbei, den kein Kriegswahn kann fürder gegen diese Erfindung an. Der Traum des radikalen Pazifisten ist nach jeder Richtung hin erfüllt, der Despotentrost flüchtet, die Emigranten dürfen wieder in die Heimat, der ihr Sehnen gilt.

Aber es ist zu schön, um wahr zu sein. Im Schlußkapitel erwacht Adam Nolle auf der harten Pritsche eines Bahnwärterhauses, wird wieder in den Schnee hinausgeweht, zieht eine trostlose Straße weiter. Alles, vom berühmten Geiger bis zur Wunderrakete, war nur ein Traum, der stille Wunschtraum vieler Emigranten. Der Pazifist trampft wieder durch eine Welt, die in Waffen starrt, man muß die Verteidigung mit allen Mitteln wollen, wenn man die Freiheit will, es geht nicht ohne Kampf und kämpferischen Willen — und es ist besser, weniger von Zauberraketen zu träumen. Das wäre die Konsequenz dieses utopischen zweiten Teiles, aber sie wird leider nicht ausgesprochen. Würde diese Erkenntnis zum inneren Erlebnis, so hätte der Traum für das Buch

seine tiefere Berechtigung und wäre mindestens die konsequente Durchführung einer originellen Konstruktion. Schade, daß der Autor sozusagen umsonst träumte, daß er seinen Einfall nicht zum logischen Ende ab-rundete, sondern damit auf der Landstraße stecken blieb. So hängt denn der ganze zweite Teil im Buche wie eine übergroße verirrte Seifenblase. B. Br.

Hoffnungslos

In der Nazipresse wird ein Buch begü- nert, in dem ein Fritz Forell seine Erinnerungen aus der Kriegs- und Nachkriegszeit wiedergibt und wider das perfide Frankreich wetttert. Die vorsichtige »Köln. Volkszeitung« kann sich nicht enthalten, dazu zu bemerken:

»Wenn wir dem im übrigen stets fesselnden und stellenweise erschütternden Erlebnisbericht noch etwas an den Rand schreiben dürfen, dann dieses: Man kann und darf, so meinen wir, kein ganzes Volk, wie das französische, für die Exzesse einzelner in einer wirren und halbvollen Zeit verantwortlich machen und dieses Volk für alle Zukunft mit seinem Haß beladen, erst recht nicht in einem Augenblick, da hüben und drüben die Reinsten und Ehrenwertesten, allen voran die Frontkämpfer, um Verstehen und Verständigung auf das hel- feste bemüht sind. Würde Forells Verallgemeinerung Schule machen, es stünde wirklich hoffnungslos um die Welt.«

Der Verfasser hat sich mit seinem Urteil durchaus an Hitlers »Mein Kampf« gehalten. Dort macht dieselbe Franzosenfresserei noch immer Schule, wie die »K. V.« so schön sagt.

Betrüger, Dieb und brauner Vertrauensmann

Ein Lebensbild aus dem nationalsozialistischen Alltag.

Das Königsberger Sondergericht verurteilte einen politischen Hochstapler, namens Schafft zu drei Jahren Zuchthaus. Der Gerichtsbericht gibt einige Daten aus dem Leben des Angeklagten, und bei dieser Gelegenheit wird — sehr gegen den Willen des Berichtserstatters — die Tatsache enthüllt, daß auch dieser notorische Betrüger wie hunderte seines Faches in den 14 Jahren der Schmach beim besten Willen nichts werden konnte, im Dritten Reich dagegen bald zu Amt und Würden kam. Humoristisch mutet es an, wie der braune Zeitungsschreiber sich krampfhaft bemüht, das typische Bild zu verschleiern. So macht er das:

»Als die Soldatenratswirtschaft in München begann, ging Schafft zum Vollzugsrat, stellte sich als stud. med. und Vizewachtmeister vor und wurde ...

nun, was wurde er? Staatssekretär? sozialistischer Vertrauensmann? Verbandsleiter? Nein: Schreiber im Kriegsministerium. Lange kann die Herrlichkeit nicht gedauert haben, denn schon im März 1919 wanderte er wegen Betrugs und Urkundenfälschung ins Gefängnis.

„Schafft wandte sich am 1. März 1919 mit einem Brief von geradezu finsternem Deutsch an Dr. Max Lewien, den berühmten Kommunistenführer, der damals Mitglied der Regierung des bayerischen Volksstaates war. Sein Freund Lewien hatte wegen der politischen Wirren ganz andere Dinge im Kopf, vergaß seinen »Freund und Funker Tonic«, und Schafft mußte also die zehn Monate absitzen.«

Mit anderen Worten: die KPD fiel nicht auf den Schwindel herein, und der Betrüger hungerte, lungerte und stahl sich in den folgenden Jahren elend genug durchs Leben.

Dann aber kam mit dem Dritten Reich eine große Konjunktur für Hochstapler:

»Nach der Machtübernahme gelang es ihm, unter Verschweigung seiner bunten Vergangenheit und gestützt auf die Empfehlung eines Gutgläubigen, als Schreibhilfe beim Amtsgericht anzukommen. Von hier bewarb er sich um den Posten eines Abteilungsleiters bei einem großen Wirtschaftsverband.

Er behauptete Mitglied der NSDAP zu sein und auch eine Ortsgruppe in Bayern geleitet zu haben. Ihm wurde nun die Aufgabe gestellt, eine Buchführung für den Verband einzurichten.

Als Schafft verhaftet wurde, hinterließ er die Buchführung des Verbandes in einer solchen Verwirrung, daß es mehr als 1000 RM und wochenlange Arbeit gekostet hat, sie wieder in Ordnung zu bringen. Außerdem hatte er sich selbst sein Gehalt erhöht, die Kürzung der sozialen Abgaben verhindert, Quittungen gefälscht und zum Schaden des Verbandes über Geldbeträge, wenn auch nicht großen Umfangs, verfügt.«

Erst als der Abteilungsleiter behauptete, er kenne den Führer sehr gut und als er die Verleihung des »Blutordens« beantragte,

Kinderreich und hitlertreu

Sittliche Verwahrlosung durch Rassewahn

Ein Leipziger Soziologe, Wolfgang Knorr, hat sich jetzt der wissenschaftlichen Mühe unterzogen, die sozialen Verhältnisse der Kinderreichen, insbesondere deren Wohnverhältnisse in dem ihm zugänglichen Stadtgebiet zu untersuchen. Wie gesagt, die Untersuchung ist jetzt, im vierten Jahr der Regierung Hitlers und der Herrschaft seiner bevölkerungspolitischen Ideen, vorgenommen worden; die Kinderreichen sind bekanntlich besonders, zum Teil sogar privilegierte Schutzbefohlene des nationalsozialistischen Staates geworden und gar nichts mehr von der Laszivität und vom Liberalismus des »marxistischen Zweikinder-systems« ist eigentlich in Deutschland übrig geblieben, wenn man dem offiziellen Trara der Göbbels-Presse Glauben schenken will.

Herr Knorr hat nun insgesamt 2500 kinderreiche Leipziger Familien »bearbeitet« — also er ist sehr exakt und geradezu pedantisch vorgegangen. Er berichtet über das Ergebnis unter dem Titel »Die kinderreichen Familien in Leipzig« in der letzten Beilage der wissenschaftlichen »Zeitschrift für Geopolitik«. Nach seinen Angaben dort hat er folgende Zustände in den Wohn- und Schlafverhältnissen seiner Studienobjekte vorgefunden: Bei 50 Prozent der ermittelten Familien

schlafen die Eltern mit ihren teilweise erwachsenen Kindern zusammen;

bei 23 Prozent aller Fälle schlafen ältere männliche und weibliche Geschwister zusammen.

Die hitlerdeutsche wissenschaftliche Welt — so die ärztlichen Fachblätter — tut nun so — angesichts dieser schneidenden Anklage Knorrs gegen das ganze System der braunen Karnickelpropaganda — als wäre sie aus allen Wolken gefallen ... Das, nämlich die Folgen so verantwortungslosen Tuns im Zeichen des Spätkapitalismus mit seinen sich förmlich überschlagenden Pauperisierungssturzwellen, hätte sie sich vorher klarmachen sollen! Man zwingt die Kinderreichen in die sittliche Verwahrlosung hinein; aber der berühmte »Bund der Kinderreichen«, der sich in der Republik durch eine besondere querulatorische Note seiner Agitation auszeichnen beliebte, der ein Jahrzehntlang die ältesten und borniertesten »Kämpfer« Hitlers unentwegt an seinem Busen säugte und der jetzt, im Dritten Reich, eine Art offizielle Parteifiliale mit gut dotierten Bestellungen seiner ewig quängelnden Vorstandsmitglieder geworden ist, schwört weiter treu zu seinem Landesvater, obschon dieser für sich selbst die Vorsicht

als den besseren Teil der Tapferkeit gerade auf diesem allzu-menschlichen Gebiet erwählt hat. Eine Schildbürgerlei, komisch und gräßlich zugleich!

Unterdessen arbeitet die Propagandamaschine des Dritten Reiches im Interesse des reicheren Kindersegens — zu Nutz und Frommen der deutschen Kriegsaspirationen — unermüdlich weiter und zwingt in ihre Dienste auch die deutsche Rechtspflege — und doch das, was so nach allem von ihr übrig geblieben ist. »Heil« und »Sieg!« brüllt jetzt der Chor der gleichgeschalteten Gazetten vor Begeisterung über ein crates »deutsches Urteil« in Ehesachen, nämlich des Landgerichts Köbeln, das ein Bauernpaar nur deshalb geschieden hat, weil die Frau keine Kinder wollte. Dieser Ruhm hat nun wieder das Berliner Kammergericht nicht schlafen lassen und so hat es seinerseits eine andere Ehe geschieden, in der der Mann böswillig reflektierte ... Wenn das so weiter geht, wird im nächsten Jahr schon angeordnet, daß eben der Herr »Blockwart«, der Herr Betriebszellenleiter, der Herr Oberscharführer oder der Herr Kreisleiter über jedem deutschen Ehebett die amtlich vorgeschriebene Kinderzahl durch eine Bekanntmachungstafel kenntlich machen ...

kam der Schwindel heraus. Der Verband, dessen Namen eben so ängstlich verschwiegen wird wie die Höhe der unterschlagenen Summe, war natürlich ein nationalsozialistischer Verband — und die Befugnisse des Herrn Vertrauensmannes scheinen nicht ohne gewesen zu sein.

Wir hätten die Karriere dieses kleinen Diebes gern nicht geschildert, wenn sie den Lebensweg der vielen großen Diebe nicht aufs Haar gleiche. Von der Republik zu Recht abgelehnt, im Dritten Reich zu Ehren und Geld gekommen — solche und ähnliche Gescheiterte sind die Stützen der braunen Parteiherrschaft.

Recht ist, was krumm ist

Die alten Germanen hatten in ihrem Weistum ein Rechtsaprichwort: »Recht ist, was recht ist«. Und das heißt, daß alles rechtens sei, was gerade ist. Ihren Urenkeln ist es vorbehalten geblieben, dieses Wort der Väter in sein Gegenteil zu verkehren.

I.

Tatbestand.

Ende Februar 1933 hatte eine deutsche Filmgesellschaft zwei Verträge geschlossen. In einem Vertrag, den sie mit einem ausländischen Theaterverlag einging, erwarb sie das Recht, und ging die Verpflichtung ein, ein Werk des Regisseurs Eric Charell zu verfilmen. Den zweiten Vertrag schloß sie mit Eric Charell selbst und verpflichtete ihn zur Regieführung.

Die Verträge enthielten Bestimmungen darüber, unter welchen Umständen die deutsche Filmgesellschaft zum Rücktritt berechtigt sein sollte. Es hieß darin:

»Wenn Charell durch Krankheit, Tod oder ähnlichen Grund zur Durchführung seiner Regietätigkeit nicht imstande sein sollte, ist die Filmgesellschaft zum Rücktritt berechtigt und der Verlag zur Rückzahlung bereits empfangener Beträge verpflichtet.«

Eric Charell ist weder gestorben, noch ist er erkrankt. Aber er ist Jude und heißt eigentlich Erich Löwenberg. Dies war der Filmgesellschaft bei Vertragsabschluß bekannt.

II.

Was das Reichsgericht aus diesem Tatbestand machte.

Der Leser wird verstehen, daß die deutsche Filmgesellschaft das ihre tat, von dem Verträge loszukommen. Auch das Reichsgericht tat das seine, den Juden zu prellen. Die Filmgesellschaft hatte gewußt, daß Charell Jude war. Dreh des Reichsgerichts: »Es war nicht voraus zu sehen, daß die Beseitigung des jüdischen Einflusses im Geistesleben schon in nächster Zeit mit elementarer Wucht auch auf rein künstlerischem Gebiete voll verwirklicht werde.« Charell war weder tot noch krank. Dreh des Reichsgerichts:

»Der Vertragswortlaut »nicht imstande« bedeutet keine Einschränkung auf geistiges

oder körperliches Unvermögen, sondern umfaßt alle Möglichkeiten verschuldeter oder unverschuldeter Verhinderung.«

III.

Urteil.

Heinrich Heine hat einmal gesagt, daß Alter, Krankheit und Judentum die schlimmsten drei Gebrechen seien, die einen Menschen betreffen können. Diese bittere Äußerung des Dichters hat sich das Reichsgericht im Wortsinne zu eigen gemacht. Ja, es ist noch weiter gegangen. Jud sein, das heißt eigentlich schon tot sein. Unter dieser Voraussetzung ist der Spruch der Leipziger Richter richtig.

Das Reichsgericht ist erfolgreich in die Schule der Tyrannen gegangen: Recht ist, was uns gefällt. Die Reichsrichter und mit ihnen alle Deutschen werden erstaunt sein, wenn andere Völker diese neue Rechtsregel einmal auf sie selbst anwenden sollten.

Optimismus

»Wo wir so viele goldene Medaillen gewonnen haben, — wenn nu unsere Wahrung nich bald wieder jedeckt is ...«

Wen wundert?

Schlagzelle eines Naziblattes in der zweiten Olympia-Woche: »Deutschland olympischer Sieger und goldene Medaille in der Dressur-Prüfung.« M.

Die Wartehalle

Im Juliheft der »Literatur« beschwert sich einer über den Unterhaltungsroman der deutschen Presse:

»Inzwischen ist der große Umschwung in Deutschland gekommen, und die drei hinter uns liegenden Jahre haben so viel Neues, Ungekanntes gebracht, daß sich, möchte der Laie meinen, auch die Bedingungen für den Zeitungsroman grundlegend gewandelt haben. Wir dürfen es beinahe als ein Phänomen bezeichnen, daß sich der Zeitungsroman selbst seither noch gar nicht geändert hat. Während doch die neuen Stoffe auf der Straße liegen! Gewiß, wir bekamen in rauhen Mengen Konjunkturangebote. Die Scholle dampfte von morgens bis Mitternacht, durch Frühling, Sommer, Herbst und Winter. Doch nur die Vorzeichen hatten sich geändert. Der Dreh der fingerfertigen Macher und ihr bejammernswertes Deutsch aber sind scheußlich wie am ersten Tag.

Welch ein Optimismus! Das Deutsch ist erheblich scheußlicher geworden, selbst bei denen, die bis dahin einigermaßen schreiben konnten. Die ändern verlieren es infolge des zwangsweisen Anhörens der Führerreden.

Hitlers Emigranten

Es gibt fürs Dritte Reich auch Emigranten, die keine Landesverräter sind. Um den Ausländern Berlin schmackhafter zu machen, erzählt der »Westen« von den internationalen Lokalen der Reichshauptstadt. Man liest da vom altrussischen Restaurant:

»Schwer und melancholisch klingen russische Heimatmelodien auf — und die Gedanken der Gäste, meist russische Emigranten, schweiften zurück zu verlorenen Dingen und lassen die einstige

Größe Rußlands vor ihren Augen wiedererleben. — Der Wirt, ehemaliger Rechtsanwalt in Moskau, denkt an die frühere Praxis, der Ober, einst Gardeoffizier am Hofe des Zaren, an die glanzvolle Etikette, und die Mehrzahl der Gäste vielleicht an die vornehmen und feinen Gaststätten in Moskau und Petersburg.«

Die Zeiten sind vorbei, da Göbbels einst auf die vornehmen Leute schimpfte. Unter den Pittichen Hitlers und Mussolinis sammelt sich die vornehme reaktionäre Emigration der ganzen Welt.

Weniger Schiller!

E. W. Möller hat ein mittelalterliches Bauerndrama geschrieben. Darin beten die Bauern:

»O Gott, wie bist du wunderbar. Du sendest Stürme und läßt die Türme der falschen Tyrannen erbeben.«

Schiller dichtete noch »In Tyrannose« und emigrierte lieber, als daß er sich beugte. Hitlers Dichter müssen feinere Unterschiede machen und von den »falschen Tyrannen« sprechen, sonst funkelt die Gestapo der richtigen dazwischen.

Neue Lyrik

Es gibt drüben einen Zyklus »Neue nordische Gedichte«, dessen Verfasser Heinrich Gruber heißt. Wir geben eine Probe:

»O der Schlachten, oft geschlagen: Rosse, Ritter, Schild und Schwert! Wahlstattwonne: Stürzen, Sterben! Siegen, Singen; Fest und Freud! Teure Toten, fern in Fremde, Brüderblut von Brunanburh! Trauertränen — Ehrenerbe: Runenritze, geweiht, bewahrt's!

Götterglanz umgleißt euch golden, Balders Burgschloß Bredablick; Speerkampfspiele, Wein und Weibtreu; Hell Waihallas Licht und Lust! —«

Das und Ähnliches wird in braunen Veranstaltungen rezitiert und das Dortmunder Naziblatt nennt den Verfasser »nicht unbegabte« ...

Das Bekenntnis zu Karl May

Auf einer sogenannten »Rustwoche« der Hitlerjugend in Braunschweig wurde die Frage behandelt, ob der Hitlerjunge Karl May lesen dürfe. Es gab zwei Richtungen. Die eine erklärte, daß die Verherrlichung der Rothäute unvereinbar sei mit dem arischen Rassenideal. Diese Richtung nimmt also den Rassenschwindel orthodox totornat und vergißt, wie viel Karl May im Rowdytum der Nazibewegung in ihren Anfängen gesteckt hat. Die andere Richtung »bekannt« sich offen zu Karl May und seinen Helden. Sie verwies darauf »daß der Nationalsozialismus darauf verzichten könne, der Jugend mit dem pädagogischen Zeigefinger zu drohen und ihr jede Romantik zu rauben; eine heroische Jugend wolle Taten erleben und wolle und müsse sich an den Abenteuern tapferer Männer begeistern können.«

Die Bekenner Karl Mays waren die mehreren. Es bleibt bei der alten Tradition: mit Karl May zum nationalsozialistischen Heldenideal.

Aber nun kommt die »Frankfurter Zeitung«, die dieser wichtigen Debatte eine tief-sinnige Betrachtung über Pädagogik und

Romantik gewidmet hat und versichert: »Die Romantik gilt hier ersichtlich als eine Beschäftigung, bei der eine gewisse Freizügigkeit in bezug auf die »Wahrheit« deshalb möglich ist, weil sie nur als unverbindliche Betätigung der Phantasie empfunden wird.« Woraus wir wieder schließen: der Hitlerjugend hängt die amtlich gepredigte »Wahrheit« — will sagen der Rassenschwindel und der ganze Nazischwindel — so zum Halse heraus, daß sie Erlösung bei Karl May sucht — und so triumphiert schließlich der alte Karl May noch über Hitlers Kampf und Rosenbergs Mythos.

Göbbels; Weltbester

Die »Preußische Zeitung« wundert sich: »Ist es möglich, daß eine Weltstadt im Verlauf einer einzigen Woche vollkommen ihr Gesicht verändert? Es ist möglich. Das Ereignis der Olympischen Spiele hat Berlin auf den Kopf gestellt.«

Und sobald es wieder auf die Beine fällt, wird das Verbot des »Judenkenners« aufgehoben, wird der »Stürmer« erneut an allen Straßenecken angeschlagen, wird weiter gefoltert, gemordet und geköpft.

Mißverständnis

»Warum hamse denn den Kube abgesetzt?«

»Vermute: Kulturbolschewist.«

»Der — aber der hat doch den »Totila« geschrieben ...«

»Jewiß. Un außerdem is er doch der Erfinder von diesem Kubismus.« M.

Arbeiterdeportationen zur Rheinlandbefestigung

Facharbeiter unter Kriegsrecht. — Militärisches Dienstverhältnis gegen Lohnforderungen. — Facharbeitermangel als Folge des Systems

Die Deutsche Arbeitsfront hat in ihrem Apparat umfangreiche Schulungseinrichtungen geschaffen. Ein Riesenheer von DAF-Waltern und Vertrauensräten wird in Lehrkursen auf den Ordensburgen gedrillt und mit dem Mythos der »Volksgemeinschaft« vertraut gemacht. Diese politischen Parteifunktionäre werden dann als Feldwebel und Unteroffiziere auf die Gefolgschaften in den Betrieben losgelassen, wo sie Gelegenheit haben, sich bei Betriebsappellen und anderen soldatischen Veranstaltungen zu bewähren. Das Mitgliedsbuch der NSDAP kann indes bei diesen Vertrauensleuten der Arbeitsfront ihren völligen Mangel an beruflichen Fachkenntnissen in keiner Weise ersetzen.

Noch schlimmer steht es hinsichtlich beruflicher Befähigung und Ausbildung bei den Massen der Jugendlichen. Die Jung-erwerblosen wurden in den Arbeitsdienst, in die Landhilfe usw. gesteckt. Auch hier ist der militärische Drill entscheidend, so daß die spätere Unterbringung in den Betrieben immer wieder auf Schwierigkeiten stößt. Nach der Ableistung des Arbeitsdienstes erhalten die Jugendlichen zwar ein Recht auf bevorzugte Arbeitsvermittlung und einen Arbeitsdienstpaß, doch die eingerichtete besondere Organisation des »Arbeitsdank« kann die ehemaligen Arbeitsdienstler nicht in Beschäftigung bringen. In den »Herbergen der Heimat« für mittellose Wanderer mußten besondere Abteilungen für die von Ort zu Ort ziehenden Arbeitsdienstler reserviert werden.

In den Betrieben wiederum sind die Jugendlichen in den »Werksharen« mit militärischen Übungen überlastet, ebenso wie die ganze Hitler-Jugend in ihrem Soldatenleben keine Zeit behält, sich für ihre berufliche Entwicklung zu ertüchtigen. Die Qualifikation der Jugendlichen für Aemter wird gleichfalls nur nach ihrer militärischen Eignung geprüft, so daß es nicht Wunder zu nehmen braucht, wenn der Nachwuchs an geschulten Fachkräften im Dritten Reich von Monat zu Monat spärlicher werden muß.

Man reißt sich um Facharbeiter

Heute ist es soweit gekommen, daß das Regime seine wachsende Sorge über den Mangel an Facharbeitern nicht mehr verbergen kann. So schreibt »Stein und Erde« vom 1. August:

»Der Mangel an Facharbeitern, der in der letzten Zeit in einigen Industrien und in der Landwirtschaft aufgetreten ist, hat eine unangenehme Begleiterscheinung zur Folge, die sich schon nachgerade zu einer Störung des Arbeitsfriedens auswächst: Das Wegengagieren der Arbeitskräfte.«

Ebenso schreibt der »Wehrdienst« vom 8. August:

»und wenn der Nachwuchs an Facharbeitern fehlt, so ist das ebenso schlimm, als wenn Rekruten fehlen.«

Der Mangel an Facharbeitern tritt zur Zeit in der Metallindustrie und im Baugewerbe am schärfsten in die Erscheinung. Die gelerntten Arbeiter wären daher in der Lage, den an ihnen verübten Lohnabbau der letzten drei Jahre heute spielend auszugleichen, gäbe es im Dritten Reich einen freien Arbeitsmarkt. Aber bekanntlich können Lohnforderungen nur mit der Gefahr von Verhaftung und Konzentrationslager erhoben werden.

Es bleibt so den Facharbeiter nur der Ausweg, seinen Arbeitsplatz aufzugeben und in ein anderes Werk zu gehen, das ihm höheren Lohn bezahlt. Die Hitler-Diktatur will aber die Löhne »stabil« erhalten und sie hat deshalb zum Schutz der Rüstungsindustrie gegen aufsteigende Löhne bereits am 15. Januar 1935 einen Erlaß gegen die Freizügigkeit herausgebracht. Danach dürfen die Facharbeiter und die technischen Angestellten in der Metallindustrie Arbeit außerhalb ihres Bezirkes nur noch mit Genehmigung des zuständigen Arbeitsamtes annehmen.

Der Mangel an Facharbeitern hat aber in letzter Zeit einen solchen Grad erreicht, daß auch diese Beschränkung der Freizügigkeit nicht mehr ausreichte. Der »Volkswirt« Nr. 44 schrieb:

»Werber von einzelnen Unternehmungen reisen in ihrem Bezirk umher und ziehen die Arbeiter durch höhere Löhne zu sich herüber.«

Das Mittelungsblatt »Stein und Erde« berichtet aus der Ziegelindustrie, daß die Unter-

nehmer in ihrer Arbeiternot beim Wegengagieren von Arbeitskräften die ordnungsmäßige Aufkündigung des Arbeitsverhältnisses gar nicht erst abwarten, sondern

»den Gefolgsmann zum Verlassen des Arbeitsplatzes von heute auf morgen veranlassen.«

»In einem besonders kraß liegenden Fall hatte ein Ziegeleibesitzer einen Streicher mit seinem Privatauto während der Arbeitszeit von dem Streicherplatz der Nachbarziegelei in sein Werk herübergeholt.«

Die Arbeitsfront hat jetzt eine Aktion gegen das Wegengagieren der Arbeitskräfte eingeleitet und auf zwei Urteile des Reichsgerichts verwiesen vom 16. März 1934 und vom 24. April 1936, in denen das Wegholen der Arbeitskräfte als unlauterer Wettbewerb und als sittenwidrig bezeichnet wird. In »Stein und Erde« wird bemerkt, daß es natürlich bei einer ordnungsmäßigen Aufkündigung des Arbeitsvertrages jedem Arbeiter frei stehen müsse, den Arbeitsplatz zu wechseln, wenn er im anderen Betrieb eine besser bezahlte Arbeit findet.

Deportationen und Kriegsrecht

Aber weit gefehlt, der Arbeiter darf heute auch innerhalb des Bezirkes den Arbeitsplatz nicht mehr wechseln. Es ist neuerdings auch die bezirklich begrenzte Freizügigkeit aufgehoben, so weit eine Hebung des Lohnniveaus zu befürchten wäre. Nach einer

Kostspieliger Größenwahn — oder was sonst?

Die Nationalsozialisten lassen dem deutschen Volke die Parteiparaden und ihr Propagandabedürfnis eine riesige Menge Geld kosten. Das Reich, die Länder, die Gemeinden und Verbände haben die Aufwendungen für die dringlichste Sozialfürsorge streichen müssen, sie haben dem Wohnungsbau den Zuschuß entziehen müssen, weil Sparsamkeit zum obersten Prinzip erklärt wurde.

Gleichzeitig treiben die Nazis aber die ärgste Verschwendungssucht! Läßt sich ein Hinauswerfen von vielen Millionen Mark für unsinnige Zwecke denken, als für die sogenannten Reichsparteitagsbauten?

Es wird hergerichtet ein Gelände von 8 Kilometer Länge und 3,5 Kilometer Breite. Die Zeppelinwiese soll Platz für 320.000 Menschen bieten. Der Mittelteil der Tribüne wird 23 Meter hoch sein. Die Steinverarbeitung ist angeblich von 600 Kubikmeter im vorigen Jahre auf 11.000 Kubikmeter gesteigert worden. Nicht weniger als 34 Steinbrüche seien dafür in Betrieb. Fünfmal so groß als die Zeppelinwiese soll das Märzfeld werden. Eine Kongreßhalle wird 260 Meter lang, 224 Meter tief und 60 Meter hoch sein! Außerdem werden noch ein Kongreß- und ein Konzertsaal gebaut. Da das Gelände für solche große Bauten nicht geeignet ist, müssen nach dem Nürnberger Naziblatt besondere Vorkehrungen getroffen werden, um den zu lockeren Boden für solche Anlagen tragfähig zu machen. Durch zahlreiche Rohre, die sich 14 Meter in den Erdboden hineinbohren, werde Quarzsand und Granitplit in den Untergrund gepreßt. Er erhalte dadurch eine Festigkeit, welche an die des Felsens heranreicht. Außerdem werde der Boden noch maschinell durch Rütteln und Stampfen verdichtet; bis zum Oktober würden 14 Riesenrammen laufen. Schließlich werde in den so befestigten Boden eine Betonplatte von 3,5 Meter Dicke eingelegt, um das Fundament vor Grundwasser zu schützen. 16.000 Füllsäulen seien notwendig, um den Untergrund mit einwandfreiem Material zu durchdringen. 80 Eisenbahnwagen würden täglich verarbeitet, und zur Abfertigung dieser Mengen sei ein eigener Bahnhof angelegt worden.

Die Kosten spielen dabei anscheinend überhaupt keine Rolle, denn die riesigen Mittel, die dafür notwendig sind, werden ja dem armen deutschen Volke abgeschöpft. Eine Frage jedoch drängt sich noch auf: welche militärische Zweckbestimmung hat diese riesige Anlage?

Der gefälschte Lebenshaltungsindex

Der amtliche Lebenshaltungsindex des Deutschen Reiches gibt die fortschreitende Teuerung nicht wieder. Er verändert sich von Monat zu Monat nur ganz geringfügig,

Meldung im »Deutschen Volkswirt« vom 1. August müssen seit der Weiberbesetzung des Rheinlandes alle am Bau von Kasernen und Befestigungen interessierten Unternehmungen, die sich ebenfalls »einander die Facharbeiter durch Lohnerhöhungen wegengagierten«, alle Bauvorhaben der öffentlichen Hand unmittelbar den Arbeitsämtern melden.

Die Arbeitsämter deportieren dann zur Vermeidung von Lohnerhöhungen Facharbeiter aus den entferntesten Orten in die Festungszone. So arbeiten jetzt unter den 120.000 Festungsarbeitern im Rheinland bereits 80.000 aus Mittel- und Ostdeutschland Deportierte.

Nach einem Bericht im Wochenblatt der DAF »Der Ruhrarbeiter« vom August 1936 hatte sich dann zwischen den Unternehmern ein Ringen um die Facharbeiter entwickelt. Die bisherigen Unternehmer der Arbeiter hatten zur Selbsthilfe gegriffen, indem sie einfach die Aushändigung der Entlassungspapiere verweigerten. Das Blatt nennt ein solches Vorgehen »ungesetzlich« und teilt mit, daß diejenigen Unternehmer, die die Arbeiter wegengagieren wollten, eingegriffen und den Arbeitern bei Erhalt ihrer Entlassungspapiere geholfen haben.

Wie dieses Ringen um den Facharbeiter schließlich enden wird, zeigt nun ein Fall, der sich in der dritten Juliwoche bei Blohm & Voß abgespielt hat. Die Kupfer-

während die Preiserhöhung für die wichtigsten Lebensmittel weitergehen.

Gelegentlich passiert es den Nationalsozialisten, daß sie ihre eigene Statistik Lügen strafen. Das geschieht jetzt in bezug auf den Lebenshaltungsindex und auf das angebliche Gleichbleiben der Lebensmittelpreise durch Angaben, die in dem soeben erschienenen Kleinen Berliner Taschenbuch enthalten sind. Ein Vergleich der durchschnittlichen Lebensmittelpreise aus dem Jahre 1935 mit denen des Jahres 1932 ergibt das folgende Bild. Es kosteten:

	1932	1935
	RM	RM
Gehacktes Rindfleisch . . . 1 kg	1,25	1,40
Speck 1 ..	1,72	2,18
Schweinefett 1 ..	0,91	1,86
Molkereibutter 1 ..	2,76	3,09
Margarine 1 ..	1,29	1,81
Salz 1 ..	0,21	0,30
Zucker 1 ..	0,71	0,75
Eier, 1 Stück	0,07	0,13

Diese Aufstellung zeigt, welches Tempo die Lebensmittelteuerung in Deutschland eingeschlagen hat. In der gleichen Zeit sind außerdem die Preise für Bekleidung und für Gegenstände des täglichen Bedarfs gestiegen, während Preissenkungen nur vereinzelt und nur in ganz geringfügigen Ausmaße erfolgt sind. Demnach müssen also auch die Lebenshaltungskosten viel mehr gestiegen sein, als das der amtliche Index anzeigt.

Da seit 1932 die Löhne und Gehälter gedrückt worden sind und den Millionen Unterstützungs- und Rentenempfängern gleichfalls das Einkommen gekürzt worden ist, so macht der wiedergegebene Vergleich auch das Sinken des Lebensstandard des deutschen Volkes anschaulich.

Ein Reich, in dem Ordnung herrscht

Deutschland — eine einzige Reichsjägermeisterei.

In der reichsdeutschen Jagdpresse des Monats August (vorn ist die von drei oder gar vier Reichsministerunterschriften gedeckte und garantierte, vor lauter Humanität nur so stinkende Verordnung des Herrn Göring abgedruckt, nach der in nunmehr »Jagden vom Pferde aus« (Parforcejagden) verboten sind) lesen wir folgendes:

»Bemerkenswertes Urteil. Das Amtsgericht Kronach verurteilte am 22. Juli 1936 den Erntehelfer Georg D. zu einem Monat Gefängnis. Tatbestand: ein in die Mähmaschine geratenes Rehkitz war so schwer verletzt, daß es D. mit Einwilligung seines Dienstherrn tötete. Gegen dessen Anweisung lieferte D. das Kitz nicht bei dem Jagdpächter ab, sondern nahm es für die Küche mit nach Hause. Der Staatsanwalt bemerkte in seinem Plädoyer, daß für diese Tat an sich drei Monate Gefängnis verwirkt wären. Der Kreisjägermeister des Kreises Kronach.«

Wir wünschen schon dem Erntehelfer D. unbeschadet darum, ob er vielleicht SA-

schmiede bei B. & V. hatten sämtlich ordnungsmäßig gekündigt und erklärt, daß sie in andere Betriebe übertreten, falls ihnen dort höhere Löhne bewilligt werden würden. Ein polizeiliches Eingreifen war in diesem Falle nicht möglich, da jeder Kupferschmied streng legal und einzeln seine Kündigung einreichte. Es konnte dieser Arbeitsgruppe keinerlei kollektive Aktion nachgewiesen werden, die der Gestapo ein Eingreifen ermöglicht hätte. Die geforderte Lohnerhöhung mußte schließlich zugestanden werden. Aber zwei Tage später wurde der Belegschaft durch Aushang bekannt gegeben,

»daß sie sich als in einem militärischen Dienstverhältnis stehend zu betrachten hätte«

das heißt, daß künftig Kündigungen der Arbeiter nicht mehr möglich sind. Der Krieg hat bereits begonnen, deutsche Arbeiter werden unter Kriegsrecht gestellt. In einer Abhandlung von Generalleutnant a. D. von Metzsch über Beziehungen zwischen »Arbeit und Wehr« wird auseinandergesetzt, daß die militärische Wehrmacht nicht allein entscheidet, sondern daß sich die Wehrfront aus Wehrkraft und Wehrarbeit zusammensetzt.

»Die beste Ausbildung der Wehrmacht wird nichts nützen, wenn nicht eine soldatische Geisteshaltung der Nation im Sinne von opferbereitem Verständnis für die wehrpolitischen Zusammenhänge dahintersteht.«

Die deutschen Wehrarbeiter müssen sich dieser ihrer Bedeutung für heute und für kommende Entscheidungen voll bewußt werden.

Mann ist oder nicht, doch, daß ihm den Monat Haft die Erinnerung an den stattgehabten Rehjagel in seiner Armleuteklische leichter machen möge. Zur Moral aber von dieser »bemerkenswerten« Geschichte — ? Eine Parforcejagd ist immerhin noch Gottesdienst gegenüber dem sozialen Geist und Gehalt dieses Staates, der den von August dem Starken oder des fünfzehnten Ludwig durchaus beschämt. Damals durften die Bauern ihre Felder nicht düngen, damit die Rebhühner nicht den Dung-Geschmack annahmen. Ein totes Rehkitz aber kostet im Dritten Reich, widerrechtlich aufgefressen, »an sich« drei Monate; was mag eigentlich dort »an sich« ein totgeschlagener Marxist wert sein?

Hojotobo ! Meldung einer Nazi-Zeitung: Bad Salzungen. Ein hier zu Besuch weilendes, etwa 12 Jahre altes Mädchen warf beim Spiel mit einem Speer nach dem Bruder und traf dessen Auge. Der Junge wurde sofort in ein Detmolder Krankenhaus gebracht, wo festgestellt wurde, daß das getroffene Auge rettungslos verloren ist.

Neuer Vorwärts

Sozialdemokratisches Wochenblatt

Herausgeber: Ernst Sattler; verantwortlicher Redakteur: Wenzel Horn; Druck: »G r a p h i a«; alle in Karlsbad. Zeitungstarif bzw. m. P. D. Zl. 159.334/VII-1933. Printed in Czechoslovakia.

Der »Neue Vorwärts« kostet im Einzelverkauf innerhalb der CSR Kč 1,40 (für ein Quartal bei freier Zustellung Kč 18.—). Preis der Einzelnummer im Ausland Kč 2.— (Kč 24.— für das Quartal) oder deren Gegenwert in der Landeswährung (die Bezugspreise für das Quartal stehen in Klammern): Argentinien Pes. 0,30 (3,60), Belgien Belg. Frs. 2,45 (29,50) Bulgarien Lew 8.— (96.—), Danzig Güld. 0,45 (5,40), Deutschland Mk. 0,25 (3.—), Estland E. Kr. 0,22 (2,64), Finnland Fmk. 4.— (48.—), Frankreich Frs. 1,50 (18.—), Großbritannien d. 4.— (Sh. 4.—), Holland Gld. 0,15 (1,80), Italien Lit. 1,10 (13,20), Jugoslawien Din. 4,50 (54.—), Lettland Lat. 0,30 (3,60), Litauen Lit. 0,55 (6,60), Luxemburg B. Frs. 2,45 (29,50), Norwegen Kr. 0,35 (4,20), Oesterreich Sch. 0,40 (4,80), Palästina P. Pf. 0,020 (0,216), Polen Zloty 0,50 (6.—), Portugal Esc. 2.— (24.—), Rumänien Lei 10.— (120.—), Schweden Kr. 0,35 (4,20), Schweiz Frs. 0,30 (3,60), Spanien Pes. 0,70 (8,40), Ungarn Pengö 0,35 (4,20), USA. 0,08 (1.—).

Einzahlungen können auf folgende Postscheckkonten erfolgen: Tschechoslowakei: Zeitschrift »Neuer Vorwärts« Karlsbad, Prag 46.149. Oesterreich: »Neuer Vorwärts« Karlsbad, Wien B-198.304. Polen: »Neuer Vorwärts« Karlsbad, Warschau 190.163. Schweiz: »Neuer Vorwärts« Karlsbad, Zürich Nr. VIII 14.697. Ungarn: Anglo-Chechoslowakische und Prager Creditbank Filiale Karlsbad, Konto »Neuer Vorwärts« Budapest Nr. 2029. Jugoslawien: Anglo-Chechoslowakische und Prager Creditbank, Filiale Belgrad, Konto »Neuer Vorwärts«, Beograd Nr. 51.005. Genaue Bezeichnung der Konten ist erforderlich.